

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: E. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnigungsanzeigen und Stellungsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Die Fleishteuerung.

Aber das deutsche Volk ist wieder einmal eine Fleischnot heringebrochen. Seit Wochen und Monaten schon ist der Preis des Fleisches im Steigen. Jetzt schon stehen die Fleischpreise höher als im Herbst 1902, und allem Anschein nach sind wir noch lange nicht am Ende dieser aufsteigenden Bewegung angelangt.

Damals, im Oktober 1902, stellten sich die Preise am Berliner Schlachtviehmarkt nach den offiziellen Notierungen für vollfleischige Ochsen auf 141 Mk., für jüngere, nicht ausgemästete Ochsen auf 129,5 Mk., für vollfleischige Kühe auf 120,8 Mk. pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht (das heißt nach Abzug des Kopfes, der Haut, der Hufe sowie der Organe der Brust-, Bauch- und Beckenhöhle). Die Schweinepreise erreichten ihren Höhepunkt schon zwei Monate früher, im August 1902. Die durchschnittliche Notierung in diesem Monat war 129,6 Mk. für vollfleischige, 126,6 Mk. für mittelgute Schweine pro 100 Kilogramm Lebendgewicht mit 20 Prozent Tara.

Dieses Niveau haben die Preise für Rindvieh bereits Ende April 1905 wieder erreicht, teilweise ist dasselbe sogar überschritten, und die Schweinepreise sind nicht mehr weit davon entfernt, denn nach dem offiziellen Bericht der Direktion des Schlachtviehmarktes wurden in der letzten Aprilwoche für vollfleischige Ochsen 138 bis 146 Mk., für jüngere nicht ausgemästete Ochsen 128 bis 136 Mk., für vollfleischige Kühe 112 bis 118 Mk. pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht gezahlt, während die Preise für Schweine besser Qualität sich auf 126 Mk., für Mittelsware auf 120 bis 124 Mk. pro Doppelzentner Lebendgewicht mit 20 Prozent Tara stellten. Und doch scheint es, als wenn die Steigerung der Viehpreise noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hätte. Von Ende März ab stellt die Preiszunahme bei Ochsen sich ungefähr auf 3 bis 4 Mk., bei Schweinen auf 2 Mk. pro Doppelzentner.

Diese Fleishteuerung ist zunächst allerdings eine Folge der letztjährigen schlechten Futterernte, durch welche die Viehzüchter genötigt waren, ihre Viehbestände einzuschränken. Jetzt nun macht sich ein Mangel an Schlachtvieh in Deutschland bemerkbar, und die Folgen zeigen sich dem Konsumenten in hohen Fleischpreisen.

Auch in den Nachbarländern sind die Preise gestiegen, aber keineswegs in gleichem Maße. Und was das wichtigste ist, die Preise in den Nachbarländern sind niedriger als die deutschen. So hat neulich der „Vorwärts“ den Durchschnittspreis für beste Mastochsen im Jahre 1904 in Wien und Kopenhagen mit dem Berliner Preis verglichen; dabei ergibt sich ein Preis von 115,9 Mk. pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht, während in Berlin im vorigen Jahre sich der Durchschnittspreis auf 141,5 Mk. stellte. Noch größer ist die Differenz zum Kopenhagener Viehmarkt, auf dem im vorigen Jahre beste jütische Ochsen im Durchschnitt nur 108,6 Mk. pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht kosteten und beste Schweine 80 Mk. gegen 102 Mk. in Berlin.

Aber in Deutschland ist ja seit Jahrzehnten gesehberberisch auf eine Verteuerung der Nahrungsmittel hingearbeitet worden. Sogenannte Schutzölle auf Lebensmittel, Brot- und Fleischzollerhöhungen, Vernichtung der Fleischzufuhr, Erschwerung und Einengung der Vieheinfuhr durch schikanöse Kontrollmaßnahmen, eine Fleischbeschau, die nur auf agrarische Interessen zugeschnitten ist, und schließlich noch wiederum Zollerhöhungen auf die notwendigsten Lebensmittel, vor allen Dingen auf Getreide und Schlachtvieh haben schließlich so verteuernd auf die Lebensmittel gewirkt, daß die Arbeiterschaft geradezu in eine Notlage verfeht wird. Denn nicht nur sind die Fleischpreise in die Höhe gegangen — bei Schweinefleisch speziell beträgt die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr 15 bis 25 Pf. pro Pfund —, auch die anderen wichtigsten Lebensmittel haben eine Preissteigerung erfahren.

Der Getreidepreis steht, außer bei Weizen, ganz bedeutend über dem Niveau des Vorjahres. Weizen notierte nämlich Mitte Juni 1904 pro Tonne 175 Mk. und fiel auf 174 1/2 Mk. im Juni des laufenden Jahres. Dagegen ist der Preis für Roggen erheblich hinausgegangen. Im Laufe des Juni 1905 stieg der Roggenpreis um zirka 3 1/2 Mk. Auffallend ist auch die Preisnotierung bei Mais; für die Tonne

geringerer Qualität betrug der Preisausschlag Mitte Juni gegen die gleiche Zeit des Vorjahres etwa 17 Mk.! Sehr verschiedenartig hat sich weiter das Preisniveau für Kartoffeln, sowie für Butter und Eier entwickelt. Trotzdem man im Juni des Vorjahres schon einen Ausfall des Kartoffelertrages befürchtete und den Preis entsprechend hoch festsetzte, hat der Stand des Juni 1905 den des Vorjahres schon fast um die Hälfte überschritten. Mitte Juni 1904 kostete nämlich ein Doppelzentner Kartoffeln zwischen 2,50 und 4,80 Mk., während man im Juni dieses Jahres 4 beziehungsweise 9 Mk. bezahlen mußte. Im Mai hatte der Preis sogar 10 Mk. betragen. Butter pflegt sonst immer erheblich billiger um diese Jahreszeit zu werden; der Preis stauete im Vorjahr um zirka 6 Mk. pro 50 Kilogramm ab; in diesem Jahre fand nun ein Preisausschlag von 3 Mk. für dasselbe Quantum statt. Auffällig ist die Preisbewegung für Eier. Steigerte sich schon im Mai und Juni 1904 der Preis pro Schock um zirka 20 Pf., während die Nähe des Sommers gewöhnlich eine Verbilligung zu bringen pflegt, so stieg im laufenden Jahre der Eierpreis gar um 50 bis 60 Pf. Gefallen ist, entsprechend der Bewegung bei Weizen, der Preis für Weizenmehl, während er sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Vorjahr bei Roggenmehl gestiegen ist.

Eine solche Teuerung würde bei uns niemals möglich sein ohne Zollwucher und Grenzsperr. Denn wenn auch eine ungünstige Ernte die Lebensmittelpreise für kurze Zeit ungünstig beeinflussen kann, so wäre es bei der Entwicklung des heutigen Verkehrswezens doch leicht möglich, die Preise durch genügende Zufuhr aus den Lebensmittel im Überfluß produzierenden Ländern auf einen normalen Stand herabzubringen, wenn nicht Grenzsperr und Zollwucher daran hinderten. Die Agrarier haben ja, wie gesagt, solche Hindernisse in großer Zahl geschaffen, und sie haben durch ihre Maßnahmen absichtlich und planvoll die hohen Preise herbeigeführt. Sie rechnen mit dem Notstand der Bevölkerung als mit einer notwendigen Sache, weil er ihnen Gewinn verheißt. Und sie denken deshalb auch noch lange nicht daran, für eine Beseitigung der Teuerung zu sorgen, etwa durch Aufhebung der Grenzsperr. Für sie sind ja diese Notstandspreise noch lange nicht hoch genug, sie rechnen noch mit ganz anderen Hungerprostiten auf Kosten der Bevölkerung. Für sie bildet die jähige Teuerung gewissermaßen nur den Übergang, die Vorbereitung für eine höhere, permanente Verteuerung aller Lebensmittel nach Inkrafttreten des Zolltarifs.

Die Arbeiterschaft trägt an diesen Zuständen selbst die Schuld. Oft genug ist sie auf die Existenzgefahren, die ihr vom Agrariertum drohten, hingewiesen worden. Immer und immer wieder hat die Arbeiterpresse, und nicht zuletzt die Gewerkschaftspresse, vor der Gleichgültigkeit gegenüber den agrarischen Bestrebungen gewarnt und zur einmütigen Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, als der zuverlässigsten Hilfe gegen den Brot- und Fleischwucher, aufgefordert. Ein großer Teil unserer Arbeitsbrüder hat unsere Warnung in den Wind geschlagen, und nur so ist eine agrarische Reichstagsmehrheit entstanden, nur so konnte die Lebensmittelwucherpolitik zur Durchführung kommen. Jetzt müssen wir die Folgen dieser schädlichen Gleichgültigkeit gegen das Agrariertum tragen. Die notwendigsten Nahrungsmittel des Volkes werden ins Ungemessene verteuert; unsere Lebenshaltung, die wir mit so schweren Opfern mittels der Gewerkschaften etwas verbessert haben, wird herabgedrückt zugunsten einer kleinen, moralisch und finanziell verkommenen Ollique, dem Junkertum.

Die Arbeiterschaft sollte in Erkenntnis des Fehlers, den sie durch ihre Gleichgültigkeit gegen das Junkertum begangen hat, jetzt wenigstens entschieden gegen die künstliche Verteuerung der Lebensmittel Stellung nehmen.

Wir dürfen es nicht länger ruhig dulden, wie man unsere notwendigsten Nahrungsmittel künstlich verteuert, wie man unsere Lebenshaltung herabdrückt.

Im naheliegenden Interesse der Arbeiterschaft müssen wir einmütig fordern, daß man die agrarische Politik aufgibt, daß man die Grenzsperr aufhebt, daß man alle Lebensmittelölle beseitigt.

Die Gewerbeinspektion in Württemberg.

Bis vor einem Jahrzehnt etwa unterschieden sich die Berichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten kaum von denen der Mehrzahl ihrer Kollegen, bei deren Studium es schwer fällt, sich davon zu überzeugen, daß es die Berichte von Beamten sind, deren Aufgabe darin besteht, die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen zu überwachen. Der unermüdbaren Kritik der Arbeiterpresse und dem beständigen Hinweis auf das Vorbild, welches der inzwischen verstorbene Gewerbeinspektor Wörrißhofer im benachbarten Baden gab, dürfte es, zum Teil wenigstens, zu danken sein, daß die württembergischen Berichte von Jahr zu Jahr besser wurden, so daß man sie jetzt, was die Qualität anlangt, mit an die erste Stelle unter den Berichten der deutschen Gewerbeinspektoren einreihen kann. In erster Linie gebührt dieses Lob den Berichten des Herrn Harbegg, dem Beamten für den dritten Bezirk, aber auch die Berichte der anderen Inspektoren entsprechen in steigendem Maße den berechtigten Anforderungen.

Die württembergische Gewerbeinspektion umfaßt nach dem vor kurzem erschienenen Bericht für das Jahr 1904 einen Stab von zehn männlichen und zwei weiblichen Beamten, welche auf die drei Bezirke verteilt sind, welche zum Zwecke der Gewerbeinspektion gebildet wurden. Unter den männlichen Beamten befinden sich seit einem Jahre drei, in jedem Bezirk einer, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Die Gewerbeinspektion hat mit ihnen, wie übereinstimmend berichtet wird, recht gute Erfahrungen gemacht, es dürfte sich daher empfehlen, daß das mit ihrer Anstellung gegebene Beispiel auch in den anderen Bundesstaaten Nachahmung findet.

Der Gewerbeinspektion unterstanden im Jahre 1904 8313 Fabriken mit 185201 Arbeitern, von welchen 6312 (= 75,9 Prozent) mit 154737 (= 83,6 Prozent) Arbeitern revidiert wurden; 380 Anlagen wurden wiederholt revidiert. Ferner wurden von den 4259 Betrieben, für welche der Bundesrat auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung besondere Vorschriften erlassen hat, 2553 mit 5752 Arbeitern revidiert. Es handelt sich hierbei um Bäckereien, Konditoreien, Gast- und Schankwirtschaften, Steinbrüche und Steinhauereien, Rosshaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien und Bürsten- und Pinselmachereien.

Aber den Verkehr mit den Unternehmern berichtet der Beamte für den zweiten Bezirk, daß die im allgemeinen befriedigenden Beziehungen sich fast durchgängig aufrecht erhalten ließen. Im ersten Bezirk fand der (aus dem Arbeiterstand hervorgegangene) Gewerbeinspektionsgehilfe den Verkehr in einzelnen Fällen schwierig, weil sich die Unternehmer durch die neueren Vorschriften in ihrer Stellung als Herren im eigenen Hause beeinträchtigt glaubten; ähnliche Erfahrungen haben übrigens auch die Inspektionsgehilfen in den anderen Bezirken gemacht. Im dritten Bezirk hat der Beamte beobachtet, daß die Wünsche der Arbeiter, die er den Unternehmern vorgetragen hat, ruhig entgegen genommen und geprüft wurden, die früher gezeigte Herboftät und das Bemühen, denjenigen zu entdecken, der den Beamten unterrichtet hat, wird wenig mehr bemerkt. Die Unternehmer haben sich damit abgefunden, daß das Beschwerdeverfahren der Arbeiter durch die Vertrauenspersonen und die Arbeitersekretariate, welche sich jeweils an den Gewerbeaufsichtsbeamten wenden, in geregelte Bahnen gelenkt ist. Nichtsdestoweniger wird die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen immer noch durch offenen und passiven Widerstand der Unternehmer erschwert, und zwar nicht nur von Bäckermeistern und den Inhabern von Gast- und Schankwirtschaften, von welchen letzteren gesagt wird, daß ihr persönliches Verhalten gegenüber dem Gewerbeinspektionsgehilfen die Revisionstätigkeit in diesen Betrieben zu den schwierigsten Aufgaben des Dienstes macht, sondern auch von Fabrikanten, die in einzelnen Fällen kein Mittel unversucht lassen, um sich von der Ausführung von Anordnungen zu drücken, die im Interesse des Arbeiterschutzes getroffen wurden. So hat zum Beispiel der Inhaber einer Seidenweberei ein Gesuch eingereicht, um der Verpflichtung entgehen zu werden, einige Fenster seines Arbeitsraales so einzurichten, daß sie zum Zwecke der Lüftung geöffnet werden können. Der Fabrikant schämte sich nicht, dieses Gesuch mit dem Kostenaufwand zu begründen, der doch tatsächlich so unbedeutend ist, daß er kaum ins Gewicht fällt. Ein anderer Unternehmer weigerte sich, an den Arbeitsplätzen seiner mechanischen Weberei auf dem Zementboden einen Holzbelag anbringen zu lassen. Der zuständige Oberamtsarzt bestätigte dem renitenten Unternehmer auch, daß das Stehen auf dem Zementboden nicht schädlich sei, so daß der Gewerbeinspektor genötigt war, die höheren Ver-

waltungsbehörden anzurufen, die auf Grund des Gutachtens des Medizinalkollegiums das Verlangen des Inspektors für berechtigt erklärten. Derselbe Oberamtsphysikus hat übrigens schon wiederholt durch seine Gutachten die Ausführung von Anordnungen des Gewerbeinspektors verzögert, so daß der Beamte für den zweiten Bezirk, Herr Hochstetter, im Anschluß an diese Vorkommnisse den Wunsch ausdrückt, daß der Gewerbeinspektion ein Arzt beigegeben werde. Diesem Wunsche wird auch, nachdem der Landtag einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat, demnächst stattgegeben werden.

Der Verkehr der Beamten mit den Arbeitern erfolgt meist durch Vermittlung von Vertrauensleuten. Dieselben haben im Berichtsjahr eine Versammlung abgehalten, an welcher auch die Gewerbeinspektoren teilnahmen. In dieser Versammlung wurden gegenüber Herrn Hochstetter einige Vorwürfe erhoben, die er an Ort und Stelle zurückwies, auf die er jedoch in seinem Bericht nochmals eingehend zu sprechen kommt. Einer dieser Vorwürfe bezog sich darauf, daß der Beamte über einen Streit bei der Polizeibehörde Grundscheidungen eingeworfen hatte. Hierüber sagt Herr Hochstetter, daß er mit Entschiedenheit und auch entgegen einer von der Versammlung in ihrem Sinne verstandenen Äußerung des Gewerbeinspektors für den dritten Bezirk (Hardegg) daran festhält, daß er volle Freiheit habe in der Wahl der Mittel, welche ihm zur Untersuchung eines Streiks zur Verfügung stehen. Wir halten es in dieser Beziehung mit Herrn Hardegg, der bei jener Gelegenheit die Ansicht vertrat, daß die Polizei nicht die geeignete Stelle sei, an welche sich die Gewerbeinspektion wegen Auskunft über einen Streit zu wenden hat. Diesen Fall scheint Herr Hardegg im Auge zu haben, wenn er in seinem Bericht schreibt, daß auch da, wo die Arbeiter Kritik geübt haben, diese in keinem Falle vom Berichterstatter als verlegend empfunden wurde. Ihm selbst wurde übrigens in zwei Fällen von Seiten katholischer Arbeitervereine der Vorwurf gemacht, daß er die Namen von Beschwerdeführern dem Unternehmer mitgeteilt habe. Dieser Vorwurf wurde nach Aufklärung der Verhältnisse zurückgenommen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten verraten den Beschwerdeführer nie (ob diese Behauptung für alle deutschen Gewerbeinspektoren zutrifft, wollen wir dahingestellt sein lassen), es ist aber schon vorgekommen, daß sich die Arbeiter durch ihre eigene Ungeschicklichkeit angezogen haben.

Die Geschäftslage wird im allgemeinen als günstig bezeichnet, dagegen haben sich in der Lohnhöhe nur geringe Änderungen vollzogen. Herr Berner vom ersten Bezirk hat sogar zu Beginn des Jahres einen Rückgang befürchtet, der jedoch nicht eingetreten ist. Auf der anderen Seite sind aber die Wohnungsmieten und die Preise der Lebensmittel dermaßen gestiegen, daß diese Preissteigerungen, wie Herr Berner konstatiert, die kleinen Mehrverdienste wohl wieder ausgeglichen haben. Die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen ist im ersten Bezirk in vielen Betrieben verkürzt worden, der Berichterstatter glaubt deshalb, daß einer reichsgesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen ein ernstlicher Widerstand nicht entgegengekehrt werden wird. Möglich hält er es aber, daß infolge eines derartigen Gesetzes die Arbeitszeit auch in solchen Betrieben auf zehn Stunden erhöht wird, die jetzt eine kürzere Arbeitszeit haben. Daß das Streben der Unternehmer auch gegenwärtig, wenn auch vereinzelt, auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hinführt, beweist ein Fall, den der Beamte des zweiten Bezirkes erwähnt. Auch im dritten Bezirk machten sich solche Bestrebungen geltend, doch gelang es Herrn Hardegg, den Versuch einer Bleicherei und Appreturanstalt, die Arbeitszeit von zehn auf elf Stunden zu verlängern, dadurch zu hintertreiben, daß er die Nichtgenehmigung der entsprechenden Änderung der Fabrikordnung durchsetzte.

Die Zahl der Unfälle hat in allen Bezirken beträchtlich zugenommen, ohne daß für diese auffällige Erscheinung plausible Gründe angegeben werden können; es wird im Gegenteil übereinstimmend betont, daß die Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen von Jahr zu Jahr besser werden. Die zur Verhütung von Unfällen getroffenen Maßnahmen begegnen in den Kreisen der Arbeiter wachsendem Verständnis. Herr Hochstetter vom zweiten Bezirk schreibt dies nicht zum wenigsten den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen zu. Auf der anderen Seite führt Herr Hardegg einige Fälle an, in welchen durch unverständliche Maßnahmen der Unternehmer die Unfallgefahr erhöht wurde. Hierzu gehört auch die Akkordarbeit an Maschinen, deren Bekämpfung sich Herr Berner angelegen sein läßt; den Einwand der Unternehmer, daß sie ohne die Akkordarbeit dem Ausland gegenüber nicht konkurrenzfähig wären, nennt er mit Recht eine nicht stichhaltige Ausrede.

Außerordentlich groß und beträchtlich höher als die Zunahme der beschäftigten Arbeiter ist die Zunahme der Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen. In 945 Anlagen (1908: 688) wurden Verstöße gegen die Kinderschutzbestimmungen und in 457 (168) Betrieben solche gegen die Frauenschutzbestimmungen festgestellt. Bestrafungen traten jedoch nur sehr selten ein; wegen der erstgenannten Vergehen wurden 42, wegen der letzteren 18 Personen bestraft. Während die Gerichte die Vergehen der Arbeiter mit unerbittlicher Strenge ahnden, erfreuen sich die wegen Gewerbevergehen angeklagten Unternehmer einer weitgehenden Nachsicht; oft genug ist der Gewinn, der durch die Übertretung der Gesetze und Verordnungen erzielt wurde, beträchtlich höher als die ausgesprochene Strafe; muß doch sogar der Gewerbeinspektor für den zweiten Bezirk in einem Falle konstataren, daß die ausgeworfenen Strafen augenscheinlich nicht im richtigen Verhältnis zu dem Vergehen standen.

Bei der Berichterstattung über die stattgefundenen Streiks hält nur Herr Berner vom ersten Bezirk an der engen

polizeilichen Auffassung fest, nach welcher in jedem Falle untersucht wird, ob die Arbeit unter Kontraktbruch eingestellt wurde und wie groß der durch den Streit entstandene Lohnausfall war. Das kritische Nachschreiben der von der Polizei gemachten Angaben führt zu Irrungen, die bei einem Polizisten allenfalls verständlich sind, einem modernen Gewerbeinspektor aber nicht vorkommen sollten. Herr Berner berichtet unter anderem von einem Buchbinderstreik, der wegen ungerechtfertigter Bestrafung ausgebrochen ist; Geldstrafen waren nämlich in der Fabrikordnung nicht vorgesehen. Hier hat sich also offenbar der Unternehmer eines Kontraktbruchs schuldig gemacht; der Gewerbeinspektor erzählt aber weiter, wie es ihm die Polizei vorgesagt hat, die Buchbinder hätten unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt. Es wäre zu wünschen, daß Herr Berner, der sich in seinem Bericht einer so großen Knappheit befleißigt, daß man zu der Annahme kommen könnte, als hätte er sich ängstlich, mehr zu tun, als vorgeschrieben ist, auch in dieser Beziehung die Berichte seiner Kollegen zum Vorbild nähme.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben in allen Bezirken große Fortschritte gemacht. Bemerkenswert ist, was Herr Hardegg in dieser Beziehung sagt. Er hat gefunden, daß auch in den Reihen der Hirsch-Dückerischen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine eine schärfere und entschiedeneren Tonart angeschlagen wird. „Es ist dies die Antwort auf die durch Ausperrungen oder Maßregelungen anderer Art in verschiedenen Gegenden und Orten des Deutschen Reiches gemachten Versuche, die Organisationen der Arbeiter dauernd zu erschüttern und lahmzulegen.“ Eine Konferenz der Gewerkschaften hat ein entschiedeneres Auftreten der Verbandsleitung gefordert und verlangt, daß das Unterstützungs- und Kassenwesen im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung mehr in den Hintergrund gestellt werde. Auf der Landesversammlung der evangelischen Arbeitervereine war man von der Notwendigkeit des Anschlusses der Mitglieder an die Fachorganisationen überzeugt, und auch auf dem Delegiertentag des Diözesanverbandes der katholischen Arbeitervereine waren es die befähigten Arbeiterführer, welche die Vereine aus dem vorherrschend noch konfessionellen Fahrwasser in jenes der wirtschaftlichen Interessenvertretung hinüberführen wollen. „Dieser Entwicklungsgang der konfessionellen Arbeitervereine“, sagt Herr Hardegg, „ist ein ganz natürlicher. Die Mehrzahl der Mitglieder aller der vielen in den ländlichen Bezirken zerstreuten Vereine haben sich mit ökonomischen Fragen nicht befaßt. Es lag doch den meisten fern, ihre eigene Lage in Beziehung zu bringen zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart. Nun kommt die wirtschaftspolitische Schulung, sie fordert immer weiter ihre Rechte, und im Vordergrund stehen die beispielgebenden Gewerkschaften. Man will, wo es sich um die Wahrung der Arbeiterinteressen handelt, nicht zurückstehen, und ehe man sich's versteht, wird man in praktischen Fragen an die Seite der Gewerkschaften gestellt.“ Mit dieser Entwicklung, die der Gewerbeinspektor sehr zutreffend schildert, können wir nur zufrieden sein.

Angeichts der steigenden Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben, hält Herr Hardegg die Anstellung und Befoldung befähigter Beamten für ein Erfordernis; alle diese Aufgaben, sagt er mit Recht, können nicht mehr wie bisher im Nebenamt nach Schluß einer zehn- bis elfstündigen Arbeitszeit in der Fabrik erfüllt werden. Bei den Verhandlungen zur Schlichtung von Differenzen, die der Gewerbeinspektor mit den angestellten Gauleitern der großen Verbände geführt hat, hat sich gezeigt, daß dieselben nach Möglichkeit bestrebt sind, die Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen. In diesem Bemühen haben sie oft den Arbeitern gegenüber, die sie vertreten, einen schweren Stand. Dieses Zeugnis eines kompetenten Beurteilers sollten sich die Unternehmerkreise merken, welche immer noch von den auswärtigen Gegenden reden, die ihre zufriedenen Arbeiter in den Streik treiben. „Versuche, dauernde Schwächung der Organisationen herbeizuführen“, heißt es am Schlusse des Kapitels über Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, „haben sich als nutzlos erwiesen. Was heute vernichtet erscheint, taucht morgen wieder auf, das zeigt die Geschichte der Fachvereine im dritten Bezirk. Werden diese Versuche ein für allemal unterlassen, stellen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer endgültig auf den Boden des Gegebenen, dann kann aus der Bildung kräftiger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, deren jede sich vor dem Kampfe fürchtet, nur Gutes erfolgen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der Zusammenschluß der Arbeitgeber zu straffen Verbänden nur zu begrüßen.“ Mit diesen Sätzen können wir uns im großen und ganzen einverstanden erklären, wenn wir auch die stete Kampfbereitschaft der Gewerkschaften für viel nützlicher im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Gewerbe halten als die Furcht vor dem Kampfe.

Zur Agitation unter den Korbmachern in Thüringen und Franken.

Auf der in Magdeburg im Februar d. J. stattgefundenen Korbmacherkonferenz wurde von einigen Delegierten die Klage laut, daß unter den Korbmachern keine Kollegen seien, welche fähig wären, als Agitatoren unter den Korbmachern verwendet zu werden, deshalb, so führten diese Redner aus, seien auch die Korbmacher so schlecht organisiert. Auf dieser Konferenz war auch Kollege Pappé, Gauvorsitz in Erfurt, anwesend, in dessen Gau eine große Anzahl Korbmacher in der Heimindustrie und in Kleinbetrieben beschäftigt sind. Kollege Pappé und andere konnten nun bisher unter den Tausenden von Korbmachern in der Coburg-Lichten-

felder Gegend keine Fühlung gewinnen, alle Mühe und Arbeit war umsonst.

Aus diesem Grunde sagte sich Kollege Pappé wohl ebenso als die Delegierten der Korbmacherkonferenz, daß mit einem Korbmacher als Referenten schließlich mehr zu erzielen sei. Er ersuchte mich, in seinem Bezirk in einigen Versammlungen zu referieren, welchem Wunsche ich gern nachkam. So fanden denn Versammlungen statt in Coburg, Weidhausen und Themar sowie in Hirschaid, außerdem besuchte ich im B. Gau noch die drei Orte Lichtenfels, Schneid und Michelau. In jedem einzelnen dieser Orte beider Gauen sind Hunderte von Korbmachern beschäftigt, von denen auch nicht ein einziger organisiert ist, mit Ausnahme von Themar und einigen wenigen in Coburg. In letzter Zeit ist jedoch noch ein Ort anzuführen, in welchem die Organisation sehr gute Fortschritte macht, das ist Hirschaid bei Bamberg. Dortselbst sind drei größere Betriebe vorhanden, in einem davon sind zirka 15 Korbmacher auf Kinderwagen beschäftigt, in allen anderen wird vorwiegend groß- und kleingeschlagene Arbeit, Reifebände und Armbänder hergestellt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Orte sind die denkbar schlechtesten; auf Kinderwagen wird bei zwölfstündiger Arbeitszeit ein Durchschnittslohn von 12 Mk. verdient. Die Kollegen auf Geschlagen sind noch schlechter bezahlt. Diesen Verdienst erringen jedoch nur diejenigen, welche im Betrieb selbst sind, die Heimarbeiter sind wie überall noch viel schlechter entlohnt. Diesen Kollegen find nun aber die Augen aufgegangen, sie haben ihre traurigen Verhältnisse erkannt und sind nun bestrebt, ihre Lage zu bessern. Als ich nach Hirschaid kam, fand ich bereits eine Anzahl Organisierter vor, welche kurz zuvor dem Verband beitraten. Kollegen Pelikan, Bevollmächtigter in Bamberg, gebührt das Verdienst, in diese schwarze Gegend zuerst Pflanze gelegt zu haben.

Die Versammlung war den Verhältnissen entsprechend gut besucht; ich hätte nie geglaubt, daß in dieser Gegend ein Agitator so freundlich aufgenommen würde, als es bei mir wirklich der Fall war. Die Leute sind sehr dankbar für die Aufklärung, die ihnen gegeben wird; ich ging sehr befriedigt von Hirschaid weg. Vierzehn Tage später war ich im Auftrag des Kollegen Stein wieder da, um in der Umgebung einige Versammlungen abzuhalten, aber durch ein Mißverständnis wurden die bereits abbestimmten Versammlungen wieder abgesagt, und als ich eintraf, war es zu spät, dieselben noch zu arrangieren. In Hirschaid selbst konnte eine stattfinden, und wurde in derselben die Gründung der Zahlstelle vorgenommen; 27 Kollegen waren bereits organisiert, und weitere 6 hatten sich angemeldet, so daß diese Zahlstelle über 30 Mitglieder hat. Wahrscheinlich für die dortigen Verhältnisse ein gutes Resultat. Einige Heimarbeiter erklärten mir, daß sie gern beitreten würden, aber es sei ihnen nicht möglich, den Beitrag zu zahlen. Es wurde mir gesagt, daß in der Woche nach Pfingsten die meisten Arbeiter mit 5 bis 6 Mk. entlohnt worden seien, die Leute wollten aber doch versuchen, den Beitrag aufzubringen, um durch ihre Organisation bessere Verhältnisse zu zeitigen. Mit diesen Erfolgen dürfen wir zufrieden sein, und wenn der Gauvorsitz sein Augenmerk gut auf Hirschaid richtet, wird noch viel mehr zu holen sein. Die Verwaltung ist dort in guten Händen.

Das direkte Gegenteil von Hirschaid ist von der nächsten Umgebung von Lichtenfels zu berichten. Da ist vor allem der Ort Schneid, in welchem wohl 200 Korbmacherfamilien sein dürften. Eine größere Zahl von den dortigen Korbmachern ist politisch organisiert, wie überhaupt der ganze Ort politisch hervorragend ist gegenüber den übrigen in nächster Nähe gelegenen. Auch genossenschaftlich ist derselbe gut entwickelt. Von gewerkschaftlicher Organisation ist jedoch keine Spur vorhanden, ebenso ist es im benachbarten Michelau. Die einzelnen Korbmacher, welche ich besuchte, sind ja überzeugt davon, daß sie nur durch eine stramme Organisation ihre elenden Verhältnisse bessern können, aber sie halten einen wirtschaftlichen Zusammenschluß für unmöglich, weil die meisten wegen des hohen Beitrags zurückschrecken. In eine Versammlung die eventuell abgehalten werden sollte, wären sie auch kommen, nur müßte dieselbe Samstag, Sonntag oder Montag stattfinden, denn die anderen Tage ist keine Zeit vorhanden. In Coburg hätte die Versammlung eine bessere sein dürfen, denn es waren nur zirka 35 Kollegen anwesend. Ich glaube, daß diese Versammlung nicht genügend bekannt gemacht wurde, denn man hatte einem Dienstmann die Einladung zu dieser Versammlung überlassen. Da möchte ich den Kollegen in Coburg den Rat geben, in Zukunft lieber einen Kollegen damit zu betrauen, dann werden sie auch bessere Versammlungen zu veranstalten haben. Einige Korbmacher traten der Organisation bei; alle übrigen in Coburg beschäftigten und nicht organisierten Korbmacher für den Verband zu gewinnen, sollte die ersten Aufgaben der Coburger Kollegen sein, denn die Verhältnisse lassen sehr zu wünschen übrig. So kommt es zum Beispiel vor, daß noch ganze Nächte durchgearbeitet wird; Montags ist das Blaumachen in vielen Werkstätten noch üblich. Die Coburger Kollegen haben alle Veranlassung, mit diesen unzeitgemäßen Zuständen aufzuräumen.

In Themar ist die Organisation gut fortgeschritten, von ungefähr 80 Korbmachern sind zirka 50 organisiert, aber von diesen fehlte auch ein gut Teil in der Versammlung. Es wäre zu wünschen, daß die Themarer Kollegen in Zukunft etwas mehr Harmonie unter sich pflegten, sonst könnten die kleinen Lohnaufbesserungen, die sie durch ihren Zusammenhalt erzielt haben, leicht wieder verloren gehen. Die Kollegen in Themar haben aber alle Ursache, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, denn es lassen diese noch sehr zu wünschen übrig.

In Weidhausen litt die Versammlung ebenfalls unter nicht genügender Bekanntmachung. Sonntag morgen halb zehn Uhr kamen wir dort an, dann mußten wir erst die Versammlung bekannt machen; dieses mußte mündlich geschehen, nachdem für zirka 800 in Frage kommende Korbmacher nur zirka 50 Flugblätter respektive Einladungszettel vorhanden waren. Außerdem mußten wir darunter leiden, daß ein großer Teil der Einwohner nach auswärts in umliegende Orte zu Vergnügungen gegangen war, und diese die Einladung nicht mehr erhielten. Indem ich von Haus zu Haus ging, um die Leute zur Versammlung einzuladen, konnte ich so manchen Einblick in die dortigen Verhältnisse gewinnen. Ich sah da alte Frauen von 60 und 70 Jahren am Sonn-

tag morgen an der Arbeit sitzen. Auf meine Frage, ob sie denn das nicht für eine Sünde hielten, wenn sie anstatt in die Kirche zu gehen arbeiteten, war die Antwort: „Der liebe Gott wird es uns schon verzeihen.“ Eine ganze Familie, welche ich ebenfalls arbeitend antraf, sagte: „Es ist nachmittags auch noch Zeit zur Erholung.“ Dabei arbeiten diese Leute werktags im Sommer von früh, wenn es Tag wird, bis zur Nacht, im Winter von 7 Uhr früh bis 11 und 12 Uhr nachts. Ein Mann sagte mir, als ich ihn nach seinem Verdienst fragte, daß er 1500 bis 1600 Mk. jährlich verdiene, er sei zufrieden damit. Als ich ihn fragte, ob er das allein verdiene, erwiderte er, daß seine Frau, zwei Töchter und ein Sohn, alle drei über 16 Jahre alt, mitarbeiten. Das sind nun fünf Personen bei täglich fünfzehnstündiger Arbeitszeit. Derartige Löhne sind noch mehr anzuführen. Durch die Statistik sind die Verhältnisse der dortigen Gegend hinreichend bekannt, daß ich wohl nicht nötig habe, mehr anzuführen.

In der Versammlung waren ungefähr 85 Personen anwesend; sie erklärten mir, daß sie nicht abgeneigt seien, dem Verband beizutreten, sie wollten sich aber erst mit ihren anderen Kollegen, welche auswärts waren, besprechen. Ich sollte dann acht Tage später wieder kommen, mußte den Leuten jedoch erklären, daß dies nicht möglich sei und forderte sie auf, sich an die Coburger Kollegen zu wenden. Ob nun in dieser Beziehung etwas geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Nun wird wohl die Frage gestellt werden, ob es möglich ist, die Leute für die Organisation zu gewinnen. Ich sage: „Ja, es ist möglich,“ nur muß die Agitation anders betrieben werden, als es jetzt der Fall ist. Vor allem muß dieselbe intensiver und energischer betrieben werden; es nützt nichts, wenn da alle heilige Zeit mal ein Referent hintommt und dann die Leute wieder ihrem eigenen Schicksal überlassen werden. Denn von selbst, aus eigenem Antrieb, kommen dieselben nicht zu uns, sie müssen immer und immer wieder aufgemuntert werden. Es muß, wenn in einem Orte einmal eine Versammlung stattfand, immer wieder regelmäßig von Monat zu Monat eine Versammlung abgehalten werden.

Diese Versammlungen können, wie schon angeführt, nur Samstags, Sonntags und Montags stattfinden. Für die beiden Gauvorsteher, welchen jetzt dieser viele Tausende Korbmacher zählende Bezirk zugeteilt ist, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, selbst dies fertig zu bringen, denn abgesehen davon, daß die Korbmacher dortiger Gegend sehr mißtrauisch und zurückhaltend sind, werden sie diesen Kollegen, zudem sie auch nicht Korbmacher sind, sehr wenig Vertrauen entgegenbringen.

Andenteils sind die Gauvorsteher gerade an diesen Tagen, wo dort die Versammlungen stattfinden sollten, in den schon bestehenden Zahlstellen notwendig. Würden sie sich zu sehr des Korbmacherbezirks annehmen, und das ist unbedingt notwendig, wenn etwas erreicht werden soll, dann würden sie wieder auf der anderen Seite ihren Gau vernachlässigen. Um wenigstens eine einheitliche Agitation herbeizuführen, mache ich den Vorschlag, den ganzen Richtenfels-Coburger Bezirk einem von den zwei in Betracht kommenden Gauen, entweder dem siebten oder dreizehnten zuzuteilen.

Dem betreffenden Gauvorstand ist dann eine Hilfskraft zur Seite zu stellen, welche diesen Bezirk beständig zu bearbeiten hat. An Arbeit würde es dieser Hilfskraft auf keinen Fall fehlen.

Noch besser wäre es, wenn der ganze Bezirk einen eigenen Gau bilden würde und ein eigener Agitator aufgestellt würde. Zu den entstehenden Agitationskosten würde schließlich auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Teil zuschießen. Es muß doch die ganze Arbeiterschaft ein Interesse daran haben, daß die dortigen elenden Verhältnisse gehoben werden.

Können jedoch diese meine Vorschläge nicht durchbringen, so muß eben unter den jetzigen Verhältnissen eine regelmäßige Agitation stattfinden und dürfen die daraus entspringenden Kosten nicht gescheut werden, wenn etwas erreicht werden soll. Die nötigen Kräfte zur Agitation werden sich doch wohl finden. Ich selbst stelle mich gerne zur Verfügung, um damit beizutragen, daß auch meine Berufscollegen im Richtenfels-Coburger Bezirk einer besseren Zukunft entgegensehen können.

Ansbach, Ende Juni 1905. Leonhard Moll.

Soziales.

Agitationen gegen die Krankenkassen.

Seit einiger Zeit sind konservative und nationalliberale Blätter eifrig bemüht, gegen die Selbstverwaltung der Orts- und freien Hilfskrankenkassen zu hetzen und von der Regierung ein Einschreiten gegen deren angebliche Übergriffe zu fordern, indem sie nach Mugdams System allerlei teils erfundene, teils entstellte „Materialien“ zu einer Revision des Krankenkassengesetzes herbeizuschleppen versuchen. Natürlich darf unter diesen Blättern zweifelhaften Kalibers auch die „Post“ nicht fehlen. Sie leistet sich folgenden Druck auf die Regierung:

„Die Meldung einiger Blätter, daß Erhebungen über das Krankenkassenwesen stattfänden, daß aber noch unentschieden sei, ob eine Revision des Krankenkassengesetzes schon in der nächsten Tagung des Reichstags erfolgt, oder ob sie nicht mit der in einigen Jahren vorzunehmenden allgemeinen Umarbeitung der Versicherungsgesetzgebung zu verbinden sei, dürfte nicht mehr ganz zutreffen. In der Tat haben innerhalb der Regierung Erwägungen darüber stattgefunden, zu welchem Zeitpunkt die Änderung der Krankenkassengesetzgebung zum Zwecke der Verhütung sozialdemokratischen Mißbrauchs zweckmäßig in Aussicht zu nehmen sei, und es ist dabei auch die Meinung vertreten worden, daß diese Änderung zweckmäßig mit der Umarbeitung der ganzen Reichs- Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung zu verbinden sei. Jetzt aber dürfte die Frage im Sinne der baldmöglichsten Revision des Krankenkassengesetzes entschieden sein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die entsprechende Änderung der Krankenkassengesetzgebung eine überaus dringliche Maßnahme ist, die ohne schwere praktische Nachteile nicht auf Jahre hinaus verschoben werden darf. Es kommt hinzu, daß die Notwendigkeit wirksamer Handhaben zur Verhinderung sozialdemokratischer Mißbräuche der Krankenkassenverwaltung von allen bürgerlichen Parteien

anerkannt wird und demzufolge im Reichstag nur von Seiten der Sozialdemokratie ein Widerstand gegen eine Gesetzesvorlage dieser Art zu erwarten ist, während darüber, ob gleich bei dem ersten Anlauf der große Erfolg gelinge, die Gesamt-Reichs-Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung einheitlich zu gestalten, keinerlei Gewähr gegeben werden kann. Man ist daher durchaus berechtigt, für die nächste Reichstags-session mit der Vorlegung einer gegen den Mißbrauch der Krankenkasseneinrichtung zu sozialdemokratischen Parteizwecken gerichteten Novelle zu dieser Gesetzgebung zu rechnen.“

Danach scheint es, als wenn tatsächlich die geplante sogenannte „Revision“, das heißt die Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassen, bereits über das Stadium der Erhebung hinaus ist und man innerhalb der Regierung schon darüber nachdenkt, wie man den Arbeitern eines ihrer bisherigen Rechte am besten eskamotieren könnte; oder sollte die „Post“ in ihrem Bestreben, die Regierung vorwärtszubringen, ihre Vermutungen bereits als Tatsachen genommen haben? —

Der Beirat für Arbeiterstatistik hielt am 5. Juli unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. van der Borcht im Kaiserlichen Statistischen Amt die letzte Sitzung vor der Sommerpause ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der Bericht des Ausschusses über die Ergebnisse der Kontrollerhebung und die Beschlußfassung über ihre weitere Behandlung. Es fanden im wesentlichen die Vorschläge des Ausschusses Annahme, wonach eine gesetzliche Regelung auf der Grundlage der Festsetzung einer Mindestruhezeit empfohlen werden soll. Der Beirat beschäftigte sich ferner mit der Festsetzung des Grundplanes für eine Erhebung über die Arbeitszeit in Plätt- und Wachsankalten. Die Erhebung soll durch eine schriftliche Umfrage eingeleitet werden auf Grund eines Fragebogens, in welchem nach der Arbeitszeit in der zweiten Oktoberwoche 1905 gefragt wird. Bezüglich der Erhebung über die Lohnbücher in der Kleider- und Wäschekonfektion wurde beschlossen, eine Vervollständigung der bisherigen Ergebnisse durch die mündliche Vernehmung weiterer Auskunftspersonen herbeizuführen.

Internationaler Arbeiterschutz. Der schweizerische Bundesrat hat denjenigen Staaten, welche bei der diesjährigen internationalen Arbeiterschutzkonferenz vertreten waren, durch ein Mundschreiben Kenntnis von den Protokollen und der Schlussakte der Konferenz gegeben. Letztere enthält die Grundzüge eines internationalen Übereinkommens über das Verbot der industriellen Nachtarbeit für Frauen und das Verbot der Verwendung weißen oder gelben Phosphors in der Zündholzindustrie. Der Bundesrat bemerkt, es sei unerlässlich, daß zwecks Umwandlung dieser Beschlüsse der Konferenz in Verträge eine diplomatische Konferenz stattfindet, und ersucht um Mitteilung, ob die Staaten hiermit einverstanden sind. Im Falle der Bejahung erbittet er bis Ende Oktober ihre Ansicht über Ort und Zeitpunkt der Konferenz. Die japanische Regierung wurde gleichzeitig eingeladen, sich über den von der Arbeiterschutzkonferenz gewünschten Beitritt zu dem Übereinkommen über Phosphor auszusprechen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den Zahlstellen Brief und Gutin wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. August d. J. einen Sozialbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Demnächst erscheint eine neue Agitationschrift, welche zur Verbreitung unter den Bürsten- und Pinselmachern bestimmt ist. Wir ersuchen alle Zahlstellen, in deren Bezirke die Bürsten- und Pinselindustrie vertreten ist, Bestellungen auf diese Agitationschrift recht bald bei uns einzureichen.

Nachstehende Mitglieder sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 23704 Wilhelm Fensch, Tischler, geb. 6. 10. 78 zu Wiesenfena.
 - 79609 Georg Jean Schien, Schreiner, geb. 25. 4. 62 zu Untersehbach.
 - 94638 Albin Urbel, Tischler, geb. 7. 1. 75 zu Haselbrunn.
 - 162202 Bonifat Luttinger, Tischler, geb. 6. 6. 78 zu Schölsbrunn.
 - 177884 Karl Schulze, Tischler, geb. 8. 8. 64 zu Berlin.
 - 205862 Heinrich Wutte, Tischler, geb. 27. 11. 62 zu Ohlen.
 - 268986 Karl Ambrosius, Tischler, geb. 25. 6. 75 zu Braunfels.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Hamburg. (Korbmacher.) Nachdem die Firma Zeitmann in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Korbmacher sucht, fühlen wir uns verpflichtet, den auswärtigen Kollegen einige Aufklärungen zu geben, um sie vor allzu großem Schaden zu bewahren. In der letzten Zeit ist etwas Submissionsarbeit nach hier gekommen, darunter auch Geschloßkörbe. Unsere Arbeitgeber kalkulieren nun bei solchen Submissionen gewöhnlich so, daß jedesmal der Lohn um so und so viel sinken muß, so auch jetzt wieder. Es kommen die Bügelförbe und die Doppeltaafeln in Betracht. Für die Bügelförbe wollte Zeitmann nun 70 Pf. und für die andere Sorte 50 Pf. geben. In einer Besprechung der Kollegen wurde an dem alten Lohn von 85 Pf. für Bügelförbe und 65 Pf. für die Doppeltaafeln festgehalten. Da nun auch noch Preisdifferenz bei den Werkstoffen bestand, kam es denn am 21. Juni zum Klappen, indem sieben Kollegen auf die Strafe flogen, weil sie die Arbeit nicht so billig anfertigen wollten. Daraufhin fand dann Unterhandlung mit Zeitmann statt, welche zu dem Resultat führte, daß er für die Werkkörbe 1,80 Mk. und für die Bügelförbe 85 Pf. bewilligte. Für die andere Sorte ist aber keine Einigung erzielt worden, indem er nach dem erklärt hat, keine 65 Pf. geben zu können, sondern sie bei Hausarbeitern anfertigen läßt. Wir haben nämlich mit der Tatsache zu rechnen, daß seit vorigem Jahre mehrere Kollegen sich auf Hausarbeit gelegt haben. Es ist ja traurig, daß, wenn die Gesamtheit der Kollegenschaft sich

gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen sucht, dieses dann von einigen Kollegen benutzt wird, um für sich persönlich einen vermeintlichen Vorteil zu erhaschen. In Wirklichkeit schädigen sie sich doch selber mit, indem sie doch nur durch eine sehr lange, ausgedehnte Arbeitszeit zu einem einigermaßen auskömmlichen Lohn kommen. Leider sehen die betreffenden Kollegen das nicht ein. Da wir uns nun über die eine Sorte Körbe noch nicht geeinigt hatten und die Herstellung der Körbe durch Hausarbeiter uns auch nicht gleichgültig sein kann, so hatten wir beschlossen, keine Annoncen betreffend Gesuch von Arbeitskräften freizugeben. Leider ist uns dieses nicht gelungen, denn nachdem im „Echo“ die Aufnahme verweigert wurde, hat sich Zeitmann an den „Vorwärts“ und an die „Holzarbeiter-Zeitung“ gewandt; trotzdem wir an letztere Mitteilung gemacht haben, keine Annonce aufzunehmen, hat die Expedition sich um unser Gesuch nicht gekümmert. Auf Anfrage aus Berlin haben wir den Kollegen mitgeteilt, daß sie vorläufig lieber nicht kommen sollten. Leider haben sie zu ihrem eigenen Schaden uns kein Vertrauen geschenkt, indem in der letzten Woche acht Mann angefangen haben, aber bereits am Sonnabend, bis auf zwei, wieder aufgehört haben, weil nichts zu verdienen ist. Eine etwas teure Lehre für die betreffenden Kollegen. Da am Sonnabend bei der Firma Schrader auch noch sechs Mann wegen Arbeitsmangel entlassen sind, so ist kein Mangel an Arbeitskraft vorhanden. Die Kollegen tun in ihrem eigenen Interesse gut, wenn sie etwa Lust haben, nach Hamburg zu reisen, erst bei unserem Sektionsführer, Kollegen Brauer, Sägerplatz 9, part., Erkundigung einzuziehen.

Lassan. Die „Eiche“ bringt in ihrer Nr. 26 eine Einsendung mit der Unterschrift: „Einer aus Lassan“, in welcher in dem hochmütigen Tone und der Gekränktheit, die für die kleinen Genuegroße im Hirsch-Dunderfischen Gewerksverein charakteristisch sind, über eine Versammlung berichtet wird, in welcher ein Kollege Falkenstein aus Stettin referiert haben soll. Hierzu schreibt uns unser Kollege Falkenberg, der offenbar gemeint ist, daß er, wenn er die Hirsche nicht kennen würde, über die Unverfrorenheit des Einsenders staunen würde, denn der Bericht enthält fast so viel Lügen als Worte. Von einer in jener Versammlung erfolgten Anempfehlung der Gewerksvereine kann keine Rede sein. Zwar ist die Zeitung des Gewerksvereins wegen ihrer Haltung in einigen Lohnkämpfen, zum Beispiel beim Streit der Schuhmacher in Weipensfeld, gebührendermaßen kritisiert worden, aber die Worte Mielich und Torgelow sind weder vom Referenten noch von einem Diskussionsredner erwähnt worden; diese Fälle hat der Berichterstatter der „Eiche“, der das Sündenregister der Gewerksvereine kennt, einfach hinzugefügt. Da er einmal beim Dichten war, strengte er seine Phantasie an und erzählt, die Herren vom Verband hätten örtlichen Taatsch und Knatsch, persönliche Stänkereien usw. hervorgebracht, nachdem dem Referenten Punkt für Punkt die Unwahrheit seiner Behauptungen nachgewiesen worden war. Möglich, daß „Einer aus Lassan“ überzeugt ist, eine Geldentat vollbracht zu haben; objektive Beobachter urteilen darüber anders. Während der Ausführungen Falkenbergs über den Streit in Weipensfeld brachte allerdings ein Gewerksvereiner ein umfangreiches Aktienmaterial zutage, so daß man auf seine Erwiderung wirklich gespannt war; zu erzählen mußte er aber, als er zum Worte kam, nichts als Häubergeschichten von der Art, daß die bösen Verbändler den Hirschen einmal nichts von dem Schnaps gegeben hätten, den ein Gastwirt in einer Werkstat bezahlt, und andere Geschichten von ähnlichem Kaliber. Auf den Vortrag auch nur mit einem Worte einzugehen, haben die Hirsche im Gefühl ihrer Unfähigkeit wohlweislich unterlassen. Ebenso phantastisch wie der eigentliche Versammlungsbericht ist das Gerede über die örtlichen Verhältnisse; wenn „Einer aus Lassan“ einmal beim Schwindeln ist, kommt es ihm auf ein bißel mehr oder weniger nicht an, deshalb lohnt es auch nicht, die Phantastiegebilde einer näheren Würdigung zu unterziehen. Kollege Falkenberg meint am Schlusse seiner Zuschrift, daß man möglicherweise den Lassaner Gewerksvereiner unrecht tut, wenn man sie für das in der „Eiche“ erzählte Märchen verantwortlich macht, er vermutet vielmehr, daß die Moritat in Berlin verbrochen wurde, und mit dieser Vermutung dürfte er so unrecht nicht haben.

Leipzig. Am 1. Juli hielten die Korbmacher im „Volkshaus“ eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Wolff aus Reiz einen Vortrag hielt über: „Was lehrt uns die Magdeburger Korbmacherkonferenz“. Er bemerkte, daß es noch um vieles besser werden müsse, ehe die Korbmacher zufrieden sein könnten. Das liege nicht am Deutschen Holzarbeiterverband, der gewiß alles tue, um die Notlage der Korbmacher zu beheben, und die beste Korbmacherverorganisation sei, das liege vor allen Dingen an den Korbmachern selbst. Die größere Zahl der Kollegen sei noch nicht organisiert und mache es deshalb unmöglich, entscheidende Erfolge zu erzielen. Unser aller Bestreben muß sein, hier bessernd mitzuarbeiten. Jeder muß Agitator für den Holzarbeiterverband sein. Die Korbmacherkonferenz hat das den Kollegen zur ganz besonderen Pflicht gemacht. Gelingt es uns, dem Holzarbeiterverband eine größere Zahl oder gar noch die Mehrzahl unserer Kollegen zuzuführen, so wird es uns mit Hilfe dieser starken, gut geleiteten Organisation leicht gelingen, die Notlage der Korbmacher zu beheben. Dann können wir überall zumindest einen Stundenlohn von 40 Pf. und die neunstündige Arbeitszeit durchführen, dann können wir auch wirksamer an der Beseitigung der Gefängnis- und Heimarbeit arbeiten. Zum Schlusse wurden besonders die Leipziger Kollegen ermahnt, mehr als bisher ihre organisatorische Pflicht zu tun. Kollegen Leipzigs, nehmt auch die Hamburger und Berliner Kollegen zum Vorbild, arbeitet fleißig mit am Ausbau des Verbandes und es wird auch hier um vieles besser werden.

Schmölln. In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Kollege Waldy einen Vortrag über die Geneserordnung. Sehr zu bedauern war der schwache Besuch der Versammlung; es ist traurig, wenn von circa 400 Mitgliedern nur einige 20 in der Versammlung erscheinen. Man darf aber nicht denken, daß die Verhältnisse hier am Orte demmaßen günstig wären, daß die gebratenen Tauben den Holzarbeitern in den Mund fliegen, im Gegenteil. Die Löhne der Schmöllner Knopfarbeiter sind demnach niedrig, daß es ein Kammer ist, wie kinderreiche Familien leben

müssen. Böhne von 8, 10 und 12 Mk. sind keine Seltenheiten, trotz der hohen Lebensmittelpreise. Nicht viel besser steht es mit den Uhrgehäusarbeitern; obwohl jetzt über 70 Prozent von ihnen organisiert sind, sieht man nur immer ein paar in der Versammlung. Kollegen, soll das so fortgehen? Erscheint von jetzt ab zahlreich in der Versammlung, denn nur dort könnt ihr beraten, wie eure Lebenslage zu verbessern ist. Weg mit der Klimbimvereinsache. Es genügt nicht, wenn ihr euren Beitrag zahlt, nein, es muß jeder einzelne in unserer Organisation mitarbeiten. Auch die unabhängigen Kollegen mögen diese Worte beherzigen; sie sollten den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen. Möge dieser Appell an unsere Mitglieder seine Wirkung nicht verfehlen und die große Saubheit beseitigen, von der die Schmölner Holzarbeiter befallen sind.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach** Auklam (W. Oldenburg), Augsburg, Bochum (Bekmann), Bremerhaven-Geestmünde-Begeack (J. C. Eckelborg, G. Seebach, Rickmers, Vulkan), Bunzlau (Reitner junior), Cöln (Deussen Söhne), Danzig (C. & G. Köhner), Dülmen i. Westf. (J. H. Wesem), Düsseldorf, Duisburg, Falkenstein, Finsterwalde (Tischfabrik Kurt Winkler), Flensburg (Schiffswerft), Freising, Geesthacht, Gera, Goslar a. Harz (Fr. Wagener), Greifswald, Griesheim bei Frankfurt a. Main, Halberstadt (Wulfer), Harburg (Werft von Holz), Lage (A. Withe), Landsküt, Leipzig, Liegnitz (Lich), Lissa, Lüdenscheid (W. Schütte), Meerane, Neuß, Oberfünnersdorf (Gold), Niederneuschönberg i. Sa. (Hartwig & Ringel), Pforzheim, Priebus, Regensburg, Schönlank (Böppel), Thorn, Schweiz, Schweden;
 - Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach** Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Schw. Hall;
 - Modelltischlern nach** Augsburg, Berlin, Kalk bei Cöln (P. Koch), München, Nürnberg, Pognitz, Schweden;
 - Tischlern und Stellmachern nach** Dessau (Waggonfabrik), Dortmund, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Hartha i. Sa. (Franz Steyer), Weimar (Alt.-Verf. für Eisenbahn- und Militärbedarf);
 - Stuhlmachern, Drechslern, Postern und Maschinenarbeitern nach** Celle (Mundhente), Lahr (W. Klingwald, Berderstraße 48), Neuhausen i. Erzgebirge;
 - Stellmachern nach** Augsburg, Dresden, Gelsenkirchen, Graudenz, Leipzig, Prenzlau;
 - Drechslern nach** Bernau (Mückert), Döbernhau (Stuhlfabrik Schneider);
 - Stockerarbeiter nach** Ringersheim i. Oberelsaß (S. Kaufmann);
 - Musikinstrumentenarbeitern nach** Bamberg (J. C. Neuperl), Dresden, Johannegeorgenstadt (A. Gruner), Leipzig (Bretschneider), Liegnitz (A. Freitag);
 - Parfettlegern nach** Nürnberg (Moser); Stettin (Mahlmow);
 - Korbmachern nach** Celle (Gebrüder Nohlmann), Liegnitz (Konehny), Lübeck (S. Oldenburg), Markranstädt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff);
 - Dürrschneidern nach** Berlin (Schächter), Heidelberg (Wallus Mahler), Wittenberge (Schäfer).

In Cöln befinden sich bei Deussen Söhne, Fabrik für Ladeneinrichtungen, die Schreiner und Maschinen-schreiner im Auslande. In dem Betriebe werden Akkordpreise gezahlt, die jeder Beschreibung spotten. Wochenlöhne von 4 und 5 Mk. waren nichts Seltenes, und letzten Samstag schickte die Firma sogar einen wechsellösenden Schreiner mit 1 Mk. 87 Pf. nach Hause. Unter solchen Umständen war an eine Fortsetzung der Arbeit nicht zu denken, und die Arbeiter legten die Arbeit nieder. Eine Einigung, die von seiten der Organisation angebahnt wurde, hatte keinen Erfolg, denn Herr Deussen, welcher Vorsitzender des Arbeitgeber-schutzverbandes für den Bezirk Cöln ist, erklärte, sich auf nichts einzulassen, und verlagte seine Arbeiter auf Fertigstellung ihrer Arbeit. Das Gewerbegericht beschäftigte sich nun am Freitag in der Vergleichsstimmung mit dieser Angelegenheit; eine Einigung kam jedoch nicht zustande, und so wurde die Sache auf Donnerstag den 20. Juli zur Hauptstimmung verwiesen. Die Arbeiter hatten Gegenklage erhoben, und zwar auf Auszahlung des Lohnes, den sie in der letzten Lohnperiode zu wenig erhalten hatten. Wenn allerdings das Gericht nach der Meinung des Herrn Deussen entscheiden möchte, dann muß es den Arbeiter, welcher in der letzten Woche mit 1 Mk. 87 Pf. entlohnt wurde, denn auch er befindet sich unter den Angeklagten, verurteilen, seine Arbeit fertigzustellen, oder die entsprechende Entschädigung zu zahlen. Dieses Beispiel einer Klage dürfte wohl einzig dastehen, und beweist, daß es Herrn Deussen ganz gleich ist, ob ein Arbeiter bei seiner Arbeit verhungert oder nicht. Festgestellt wurde noch in der Vergleichsstimmung sowohl von den Arbeitern wie von einem Vertreter der Firma, daß die Arbeiter an ihrer Arbeit noch mindestens drei bis vier Tage zu tun hätten, der festgesetzte Akkordpreis aber bereits verbraucht war, so daß dieselben diese Zeit hätten umsonst arbeiten müssen. Ein Mitinhaber dieser Firma erlaubte sich sogar beleidigende Ausdrücke in der Vergleichsstimmung gegen die Arbeiter, so daß der Vorsitzende das rügen mußte. Herr Deussen erklärte nach am Schluß der Sitzung, daß ihn von seiten unseres Arbeitsnachweises die schlechtesten Arbeitskräfte vermittelt würden; als ihm jedoch von dem Führer unseres Nachweises vorgehalten wurde, daß er noch niemals von uns Arbeitskräfte verlangt habe und auch noch niemals welche an ihn vermittelt worden wären, erklärte er, daß er auch noch niemals von uns welche eingestellt habe und auch keine einstellen würde, so daß ihm selbst von Beisitzern des Gerichts dieser Widerspruch vorgehalten wurde. Wie das Urteil des Gewerbegerichts ausfallen wird, muß abgewartet werden; doch zeigen uns die Verhältnisse dieses Betriebs, daß die Arbeiter bei Übernahme einer Arbeit im Akkord sehr

vorichtig sein und die Forderung: Garantierung des Stundenlohnes, wenigstens wenn die Arbeiten nicht tariflich festgelegt sind, überall durchzuführen müssen, denn erst dann wird es nicht mehr möglich sein, daß die Arbeiter bei ihrer Arbeit mit derartigen Löhnen nach Hause geschickt werden. Herr Deussen fest die Preise selbst fest, legt dann dem Arbeiter die Zeichnung vor und läßt ihn unterschreiben, daß er die Arbeit für diesen Preis herstellen will, wer nicht unterschreibt, muß aufhören. Die Festsetzung des Preises, zu der er Tage und Wochen notwendig hat, verlangt er von dem Arbeiter sofort. Hat der Arbeiter dann unterschrieben und kommt mit dem Preise nicht aus, mehr erhält er nicht. Das Gericht wird auch die Frage zu prüfen haben, ob ein derartig festgesetzter Vertrag nicht gegen die guten Sitten verstößt. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Unterstützt die Kollegen in ihrem Kampfe und haltet den Zugang fern.

In Düsseldorf dauert die Aussperrung beziehungsweise der Streik der Schreiner noch fort. Die Zahl der an der Bewegung direkt beteiligten Kollegen hat sich noch um etwas vermehrt. Über die Vorgeschichte des Kampfes möchten wir noch einiges sagen. Im Jahre 1898 gelang es einem kleinen rührigen Häuflein (zirka 300 bis 400) organisierter Kollegen, die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen. Nach und nach wurde diese Arbeitszeit aber immer mehr durchbrochen, und da die Lebensbedingungen immer ungünstiger wurden, da die Löhne in keinem Verhältnis mehr standen zu den hohen Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten, kam es immer häufiger zu Konflikten. Bei Gelegenheit eines solchen Werkstättenstreiks bei der Firma Max Werner im Jahre 1901, wo zum erstenmal seitens der Düsseldorfer Unternehmer mit einer Aussperrung gedroht wurde, regten die Unternehmer, speziell Herr Schöndorf, die Errichtung eines Einigungsamtes für das Holzgewerbe an, dessen Aufgabe es sein sollte, vorkommende Streitigkeiten zu schlichten. Unsere Kollegen stimmten zu, und trat das Einigungsamt im Herbst 1901 in Kraft. Gleich im Frühjahr 1902 sollte es seine Feuerprobe bestehen; dieselbe fiel aber keineswegs zu seinen Gunsten aus. In diesem Jahre fand hier eine Industrie- und Gewerbeausstellung statt. Die Kollegen hegten nun die Meinung, daß von dem Segen, welcher bei dieser Gelegenheit auf die hiesige Industrie fiel, ihnen ein kleiner Teil gebühre. Das war aber nicht im Sinne der Arbeitgeber, und erst nach langen Sitzungen des Einigungsamtes gelang es uns, etwas zu erreichen. Auch damals wurde wieder mit der Aussperrung gedroht. Diese Vorgänge gemahnten unsere Kollegen deutlich an ihre organisatorische Pflicht; unsere Organisation machte große Fortschritte. Im Jahre 1903 gelang es dann wiederum nach endlosen Sitzungen des Einigungsamtes, einen Vertrag zum Abschluß zu bringen, der eine teilweise Regelung und eine Mehrbezahlung für Überstunden von 5 respektive 10 Pf. brachte. Und zwar sollten bis zu 42 Überstunden im halben Jahre mit je 5 Pf., die weiteren Überstunden mit 10 Pf. vergütet werden. Auch bei dieser Gelegenheit wurde wieder mit der Aussperrung gedroht. In einer der damaligen Versammlungen erklärte der Vorsitzende des Arbeiterschutzesverbandes, Herr Siebel, daß die Unternehmer sich geschickt hätten, eine Viertelmillion Mark bei Solawechseln hinterlegt, um die Einigkeit der Unternehmer zu sichern. Die Einigkeit war aber doch nicht weit her, denn eine der größten Firmen am Platze schied damals aus dem Arbeiterschutzesverband aus. Eins hatte uns diese Bewegung doch gelehrt: daß wir nur der eigenen Kraft vertrauen dürfen und daß ein Einigungsamt keine geeignete Institution ist, um unsere Interessen zu vertreten. Die nächste Bewegung mußte zu einer Kräftemessung führen, dementsprechend hatten wir zu arbeiten. In diesem Frühjahr endlich wurden die Vorarbeiten zu einer Bewegung zwecks Verbesserung unserer Löhne getroffen. Auch die Unternehmer schienen mit der Kündigung des Vertrags auf 1. Juli des Jahres zu rechnen, denn in der Januarstimmung des Einigungsamtes ersuchten sie uns, unseren neuen Vertrag möglichst im April schon vorzulegen, damit genügend Zeit zu seiner Beratung sei. Am 2. Mai reichten wir dem unseren Vertragsentwurf ein, am 3. Mai wurde darüber vor dem Einigungsamt verhandelt. Dabei erklärten die Unternehmer, wir hätten bei Aufstellung des Vertrags in reichlichen Maße (1) an uns selbst gedacht, an die Arbeitgeber aber gar nicht — wie wenn wir eine Unternehmerorganisation wären. Die Herren erklärten, kein Mandat zur Beschlußfassung über unsere Forderungen zu haben, und verlangten Aufschub, um ihrerseits Stellung nehmen zu können. Am 15. Mai, in der entscheidenden Sitzung des Einigungsamtes, lehnten sie kategorisch jede Lohnerhöhung ab, da sie seit Jahren nur mit Verlust arbeiteten. Wir erklärten, daß ein Vertrag, der unsere Lohnforderungen nicht berücksichtige, für uns gänzlich wertlos sei. Da die Unternehmer uns keinerlei Gegenkommen zeigten, wir aber erklärten, vor einer befriedigenden Lösung der Lohnfrage in eine Beratung der übrigen Punkte des Vertrags, weil zwecklos, nicht einzutreten, ging die Sitzung des Einigungsamtes resultatlos auseinander. In einem etwas sonderbar lautenden Schreiben, in welchem sie darauf hinwiesen, daß sie eine vertragslose Zeit nicht über sich ergehen lassen würden, luden die Unternehmer uns nochmals zu einer Sitzung des Einigungsamtes ein. Diese fand am 14. Juni statt. Herr Siebel als Vorsitzender der Unternehmerkommission erklärte direkt eingangs der Sitzung, daß sie in keinem Falle eine vertragslose Zeit hinhimmeln, daß sie aber auch in eine Lohnerhöhung nicht willigten würden. Wir wiesen darauf hin, daß wir ohne Lohnerhöhung in einen Vertrag nicht willigten (jetzt schwankt der Lohn zwischen 40 und 60 Pf.). Die Unternehmer möchten die Sache nicht so leicht nehmen. Nochmals wiederholte Herr Siebel seine Erklärung, und da wir uns wiederum weigerten, vor Lösung der Lohnfrage andere Vertragsfragen zu verhandeln, wurde die Sitzung auf Beschluß der Unternehmer mit vier gegen drei Unternehmerrstimmen wiederum resultatlos beendet. Mittlerweile hatte die Firma Gebr. Schöndorf mit uns einen Vertrag abgeschlossen, in dem unsere Forderungen von 11 und ganz anerkannt sind bis auf ganz nebensächliche Punkte. Die Unternehmer beschloßen darauf, die Anerkennung ihres am 15. Mai uns vorgelegten, Lohnaufbesserungen nicht entfaltenden Vertrags von uns zu erzwängen. Dieser sollte ab 1. Juli als Anhang zur Arbeitsordnung den Kollegen zur Unterschrift vorgelegt oder durch Aushang in den Werkstätten zur Anerkennung gebracht werden. Unsere Kollegen weigerten sich entschieden, diesen Vertrag anzuerkennen. Sie sind nicht gewillt, sich von den Unternehmern ungünstige Arbeits-

bedingungen aufzwingen zu lassen. So kam es zur Aussperrung, respektive zum Streik, und dieser wird uns bald zum Siege führen, wenn die auswärtigen Kollegen uns durch Vermeidung von Zuzug unterstützen.

In Freiburg i. S. haben die Schreiner schon seit Jahren die Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt. Die bisherige geringe Zahl der organisierten Kollegen ließ ein Vorgehen nicht für angebracht erscheinen. Diesem Uebelstand ist jetzt abgeholfen worden, indem sich alle Arbeiter der Organisation angeschlossen haben. Es wurden deshalb den Meistern folgende Forderungen unterbreitet: Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, 5 Prozent Lohnerhöhung sofort und weitere 5 Proz. am 1. Mai 1906, wöchentliche Lohnzahlung am Freitagabend, Minimallohn für Schreiner und Maschinenisten in Höhe von 3,50 Mk., der auch bei Akkordarbeiten zu garantieren ist, für Überstunden einen Aufschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit von 50 Prozent usw. Angesichts der teuren Lebensmittel- und Mietpreise erscheinen diese Forderungen gewiß recht bescheiden, doch haben wir es bei diesen bewenden lassen, in der Erwartung, daß dieselben einen Widerstand von seiten der Arbeitgeber nicht erfahren dürften. Sollte dies dennoch geschehen, so sind auch wir gerüstet und erwarten, was kommen wird. Wir ersuchen die reisenden Kollegen, von unserer Bewegung Notiz zu nehmen, und dieses um so mehr, als auch die Lohnbewegung in Basel noch nicht beendet ist und auch von dort vor Zuzug gewarnt wurde. Hier sind an der Bewegung außer unseren Kollegen noch die Mitglieder des christlichen Verbandes beteiligt.

In Freising währt der Schreinerstreik nun schon fünf Wochen. Die Meister haben nichts Geringeres vor, als unseren Verband zu vernichten, und erfreuen sich bei der Durchführung ihrer Pläne der tätigen Mitwirkung des Gesellenvereins unter Leitung von dessen Präses Weiß, der gewerkschaftliche Organisationen so ungern sieht, daß er nicht einmal die Gründung einer Zahlstelle des christlichen Verbandes duldet, worüber im Organ dieses Verbandes lebhaft Klage geführt wurde. Der würdige Präses betrachtet es als Aufgabe seiner selbstlosen Tätigkeit, nicht den unterdrückten, ausgebeuteten Schreinergehilfen seine Fürsorge zu widmen, sondern diese als willenlose Ausbeutungssubjekte den Meistern zu erhalten, von denen einer kürzlich öffentlich erklärte, „mit Raubrecht solle man die Schreinergehilfen füttern“. Gegen die Vorwürfe, welche die christlichen Holzarbeiter wider ihn erhoben hatten, wandte sich der würdige Diener des Herrn mit einer Berichtigung, in welcher er unter anderem erklärt, daß 40 Prozent der Gehilfen die Arbeit nicht niedergelegt hätten, und die Hoffnung ausdrückt, „daß trotz der Gegenarbeit christlicher Verbandsmitglieder aus München, welche sogar Nichtorganisierte, die bereits einen Arbeitsvertrag hierher abgeschlossen, im Zentralgesellenhaus zum Vertragsbruch veranlassen, die Arbeitswilligen obliegen, weil jetzt bereits 66 Prozent der von dem Streik vorhandenen Gesellenzahl arbeitet“. Mit der Freude des Herrn Kooperators über das Obliegen der von ihm geleiteten Arbeitswilligen dürfte es noch gute Wege haben, denn die Situation in Freising steht wesentlich anders. Von 60 am hiesigen Orte beschäftigten Gehilfen kamen für unsere Bewegung lediglich zehn Geschäfte mit 46 Gehilfen in Betracht, es traten aber 48 Gehilfen in den Streik, da sich zwei aus zwei kleinen Werkstätten, die wir gar nicht in Betracht gezogen hatten, der Bewegung angeschlossen. Von den 12 nicht beteiligten Gehilfen waren es lediglich die bei Schreinermeister Freischut — der die Meister zum Streik scharf machte — beschäftigten 4 Gehilfen, die sich nicht anschlossen, und zwar deshalb, weil Freischut den Deuten so fort höheren Lohn gab, als gefordert wurde, und auch versprach, alles andere dann auch zu bewilligen, was die anderen später einzuführen genötigt seien; durch dieses Versprechen ließen sich die Gehilfen ledern. Lediglich fünf weitere Gesellenvereinsmitglieder blieben als Streikbrecher stehen, obwohl diese vorher wiederholt versicherten, zwar nicht dem Verband beizutreten, aber wenn es zum Streik komme, „nicht zum Schützen“ zu werden. Herr Präses, wo bleiben denn die 40 Prozent Gehilfen, die überhaupt die Arbeit nicht niedergelegt? — Da ein katholischer Geistlicher „nie lügt“, so nehmen wir an, daß er von den bedrängten Meistern falsch berichtet worden ist. Richtig ist, daß 66 Prozent der vor dem Streik vorhandenen Gesellen arbeiten, nämlich 32 Prozent arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen und 20 Prozent als Streikbrecher. Die anderen waren am Streik von vornherein nicht beteiligt. Von den Streikbrechern haben aber bereits wieder zwei diese Woche sich den Streikenden angeschlossen. Von den Streikenden sind bereits alle bis auf 15 Kollegen abgereist, demgegenüber besagen die 4 Streikbrecher noch gar nichts, welche mit der Hilfe des Präses nun nach vierwöchigen Kampfe gefapert worden sind. Die Freisinger Schreinermeister werden noch einsehen, daß trotz der geistlichen Hilfe mit dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht zu spassen ist, zumal da jetzt die Kafenerarbeit übernommen werden soll. Der Kampf dreht sich jetzt nicht mehr darum, ob die Meister imstande sind, die Forderungen zu bewilligen, sondern es ist ein Kampf, den die Meister im Bunde mit dem Gesellenvereinspräses führen, um den verhassten Deutschen Holzarbeiterverband in Freising zu vernichten. Vielleicht wird sich Präses Weiß nun entschließen, für die christlichen Gewerkschaften freie Bahn zu machen; ob aber die christlichen Gewerkschaftler die Patronage des geistlichen Streikbrechervermittlers annehmen werden, das muß die Zukunft lehren. Zugung nach Freising ist unter allen Umständen streng fernzuhalten.

In Friedland i. Schl. haben die Kollegen der Firma Schmidchen, Galanterie- und Selbstarbeit, Forderungen eingereicht. Verlangt wird unter anderem: Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden, Festsetzung eines Mindestlohns, Erhöhung der Löhne um 10 Prozent, Aufschlag für Überstunden und Festsetzung eines Akkordtarifs. Zugung ist fernzuhalten.

In Geesthacht mußte der Streik infolge Abreise der Streikenden aufgehoben werden, jedoch ist der Zug nach Geesthacht fernzuhalten. Die Betriebe von J. Diez & Sohn, Johs. Krüger und C. Meyer sind gesperrt; dieselben weigern sich, die Forderungen anzuerkennen. Näherer Bericht folgt.

In Gera ist der Streik der Bau- und Modelltischler so weit gediehen, daß jetzt 19 Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, so daß sich nur noch 26 Mann im

Streik befinden. Die paar Zimmungsgrößen, welche sich bisher geneigt haben, mit uns zu verhandeln, werden hoffentlich bald zu einer besseren Einsicht kommen, denn sonst könnte leicht der Fall eintreten, daß einige der Herren überhaupt keine Gesellen mehr bekommen. Die Verhandlung, die wir im Laufe dieser Woche mit dem Obermeister der Zimung angebahnt hatten, hat zu einem Resultat nicht geführt, jedoch ist uns das Versprechen gegeben worden, so bald als möglich eine weitere Verhandlung herbeizuführen; zwar ist uns das Versprechen schon früher gegeben worden, ohne es zu halten, wahrscheinlich in der Erwartung, Arbeitskräfte von auswärts herbeizuschaffen; da das nun nicht gelungen ist, kann man schließlich doch annehmen, daß die Verhandlung zustande kommt; Zeit genug haben wir ihm gelassen, warten wir es also ruhig ab. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine sehr gute, so daß von einem Abbrünnigwerden derselben nicht die Rede sein kann. Vor allen Dingen ist aber notwendig, daß uns die auswärtigen Kollegen weiter durch Fernhalten des Zugzugs unterstützen, dann glauben wir, das Ende des Streiks mit einem vollen Siege bald berichten zu können.

In Göttingen sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Nachdem im Frühjahr 1903 mit Hilfe der Organisation eine kleine Lohnaufbesserung für die hiesigen Tischler errungen war, hätte man glauben sollen, daß die damals getroffenen Vereinbarungen von den Meistern auch gehalten würden. Daß dieses teilweise nicht der Fall gewesen ist, wurde in unseren Mitgliederversammlungen so wohl wie in den in letzter Zeit mehrfach abgehaltenen Tischlerversammlungen festgestellt. In allen diesen Versammlungen, zu welchen regelmäßig unser Gauvorsteher, Kollege Woltmann aus Hannover, amwesend war, wurde bewiesen, daß die Arbeits- und Lohnbedingungen der Tischler Göttingens keineswegs befriedigend zu nennen seien, werden doch noch teilweise Wochenlöhne von 12, 14 und 15 Mk. gezahlt, und sind Löhne von 21 Mk. als Ausnahmen zu bezeichnen. Die letzte, am 13. Juli abgehaltene öffentliche Versammlung war denn auch sehr stark besucht. Die Vorarbeiten zur Einleitung einer Lohnbewegung waren bereits erledigt, und handelte es sich hauptsächlich um die definitive Beschlusfassung über die formulierten Forderungen. Dieselben sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Minimallohn von 18 Mk., 10 Prozent Aufschlag auf die jetzigen Löhne, für Überstunden einen Aufschlag von 10 Pf., für Nacht- und Sonntagarbeit einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde. Diese Forderungen werden nunmehr den hiesigen Tischlermeistern unterbreitet. Sie sind so minimal gehalten, daß wir hoffen, dieselben ohne Kampf zur Durchführung zu bringen. Am Sonnabend den 22. Juli findet abermals eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Antwort der Meister bekanntgegeben werden soll. Kollegen Göttingens, es liegt nun an euch, den gestellten Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu geben. Erscheint zunächst alle Mann in der am Sonnabend den 22. Juli stattfindenden Versammlung, um die Antwort der Meister entgegenzunehmen und weitere Beschlüsse zu fassen. Werbet unablässig weitere Mitglieder für die Organisation. Haltet fest an den gestellten Forderungen, um dieselben zur Durchführung zu bringen.

In Gotha ist infolge Nichtbewilligung einer mäßigen Aufbesserung der Akkordlöhne in der Wagenbauerei von Franz Steyer ein Streik ausgebrochen. Dieser Betrieb ist streng zu meiden.

In Schwab. Hall haben unsere Kollegen, um den längst veralteten Zuständen in verschiedenen Betrieben ein Ende zu machen, an die Unternehmer folgende Forderungen gerichtet: Abschaffung von Kost und Logis, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, eines Minimallohnes von 25 Pf. pro Stunde für Ausgelernte, Sicherung des vereinbarten Stundenlohnes bei Akkordarbeit, 10 Pf. Zuschlag pro Stunde bei Überzeit- und Sonntagsarbeit, wöchentlichem Zahlungstag. Die Unternehmer haben auf diese minimalen Forderungen noch nicht einmal geantwortet. Nur der Birkenfabrikant Klein hat uns Zugeständnisse gemacht, mit denen wir uns vorläufig befriedigt erklären haben. Um nun den anderen Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten zu können, ersuchen wir alle Holzarbeiter, den hiesigen Platz streng zu meiden.

In Halle a. S. sind seit 17. Juli morgens in den Werkstätten von C. Hauptmann sämtliche 22 Tischler (Verbandsmitglieder) und von den „Bereinigten Tischlermeistern“ 27 Verbandsmitglieder im Zustand, während die in dieser Werkstätte beschäftigten acht Hirsch-Dunderschen auf Zureden ihres Vorstandsmitglieds Schuhmacher den Streikbruch beschloßen haben. Der Grund dieser beiden Zustände liegt in der Nichtinhaltung des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrags, wonach dem „mittleren Arbeiter“ 40 Pf. Stundenlohn gezahlt werden sollen, während in beiden Werkstätten jedoch die Löhne durchgehends um 3 Pf. unter dieser Norm gehalten wurden. Bisher sind alle unsere Versuche, durch die Schlichtungskommission eine Abhilfe zu schaffen, gescheitert. Vor Zugzug wird deswegen dringend gewarnt.

In Hainau sind die Differenzen bei der „Nieder-schleischen Holzindustrie“ in Firma Heinrich Loewy & Co., von denen in Nr. 25 und 26 unserer Zeitung berichtet wurde, durch persönliches Verhandeln beigelegt worden. Nach den getroffenen Vereinbarungen werden 1. neue Arbeiten die ersten dreimal von verschiedenen Arbeitern im Lohne hergestellt; der auf diese Weise erlangte Durchschnittspreis ist Akkordlohn für dieselbe Arbeit bei weiterer Anfertigung, 2. werden sämtliche Materialien, die zur Herstellung der Arbeiten erforderlich sind, vom Geschäft geliefert, 3. der Durchschnittsverdienst des letzten Halbjahrs ist maßgebend für den Lohn des einzelnen, der vereinbarte Lohn wird in Akkord, bei regelrechten Arbeiten als Abschlag bezahlt, 4. für die ersten zwei Überstunden werden 5 Pf., für weitere Überarbeit 15 Pf. pro Stunde extra vergütet, 5. wurde zur Schlichtung von Streitfällen der Arbeiterausschuß neu gewählt, dem bestimmte Funktionen zugewiesen wurden. Gegenüber der Bemerkung: „Der Herr Wermeister Galla habe das Lohnbrücken in ein System gebracht“, in Nr. 26 unserer Zeitung, bestätigen wir nach Aussprache mit Herrn Galla und nach eigener Überzeugung diesen gern, daß es nur in einzelnen Fällen vorgekommen ist, wo Akkordpreise niedriger kalkuliert worden sind, als für welchen Preis die Arbeit vollführt werden konnte.

Im übrigen können wir nach der jetzigen Regelung der Arbeitsbedingungen im genannten Betrieb den Kollegen das Arbeiten dortselbst nur empfehlen.

In Heidelberg befinden sich die Birstenholzmacher von G. Mahler immer noch im Streik. Von den sechs in den Ausstand getretenen Kollegen sind drei abgereist oder anderweitig untergebracht. Auch für die übrigen drei Kollegen ist bereits gesorgt, so daß, falls Mahler nicht in aller nächster Zeit bewilligen sollte, er überhaupt auf seine alten, eingearbeiteten Leute verzichten muß. Zugug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

In Kiel ist die Lohnbewegung zwar beendet; gleichwohl werden die Kollegen ersucht, Kiel nicht zu sehr zu überlaufen, wie dies in den letzten Wochen geschehen ist. Einmal ist es schwer, die Streikenden selbst unterzubringen, dann aber liegen hier die Maurer und Zimmerer auf der Strafe, und das bishere Arbeit, das noch vorhanden ist, dürfte bald aufgearbeitet sein. Über die Lohnbewegung berichten wir ausführlicher in nächster Nummer.

In Ringersheim in Oberelsaß sind in der Stockfabrik J. Kaufmann Lohn Differenzen ausgebrochen. Zwei Bieger verlangten eine früher besprochene Lohnerhöhung, daraufhin wurde einer von ihnen gemahregelt. Zugug von Stockarbeitern aller Branchen ist strengstens fernzuhalten.

In Leipzig haben die Differenzen der Holzarbeiter mit dem Arbeitgeberverband trotz des Eingreifens der Zentralvorstände noch keine endgültige Lösung gefunden. Wir werden später diese mehr als eigentümliche Art der Verhandlungen, sowie die Unfähigkeit des Arbeitgeberverbandes, tarifliche Streitfragen zu lösen, in einem besonderen Artikel zur allgemeinen Kenntnis bringen. Einen moralischen Erfolg haben wir insoweit errungen, als Dr. Stoll sein Amt als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes in ihm nahegelegter Form niederlegte, wenn's auch schwer fiel, sowie auch später sein Austritt aus dem Verband erfolgte. Nun fühlt sich der Arbeitgeberverband frei und erklärt einfach, die Sache sei für ihn erledigt. — Die Sperre des Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes ist bis jetzt wirksam durchgeführt worden und liegt den Herren schwer im Magen. Die Leipziger Holzarbeiter verlangen eine bessere Garantie für die wirksame Durchführung des Vertrags, um ähnliche Fälle wie Dr. Stoll zu verhindern. Um dies zu erreichen, sind alle Kollegen, besonders unsere reisenden Kollegen, verpflichtet, nur den Arbeitsnachweis des Verbandes im „Coburger Hof“, Windmühlentstraße 9/11, zu benutzen. Umschauen ist streng verboten.

Zum Streik der Stellmacher ist zu berichten, daß in zwölf Geschäften die Forderungen anerkannt wurden. In zwei Wagenfabriken mit 13 Gehilfen einigten sich die Kollegen und wurde denselben eine Erhöhung des Lohnes, sowie einzelne Akkordsätze zugestanden. Ausständig sind noch 20 Kollegen, welche bei Zimungsmeistern beschäftigt waren. Eine Lohnzahlung ist die Zimung geneigt zu bewilligen, während die Verfürgung der Arbeitszeit und Minimallohn abgelehnt werden. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Wir ersuchen die Stellmacher, vorläufig noch jeden Zugug nach Leipzig zu vermeiden.

Die Pianofortearbeiter in der Pianofortefabrik von Brettschneider, Elisenstraße 30, sind zu einem ersten Abwehrkampf gezwungen worden. Nach bekannter Unternehmerrnante stellte dieser Fabrikant im Laufe der vorigen Woche an die Kollegen der Verkleiderbranche das Verlangen, die bis jetzt von jedem Arbeiter selbständig fertiggestellten Verkleiderarbeiten in sogenannte Teilarbeit umzuändern und sich dabei einen Akkordfabrikant von sage und schreibe 54 Prozent gefallen zu lassen. Waren auch schwere Bedenken unserer Kollegen bezüglich der Einführung der Teilarbeit in dieser Branche vorhanden, und zwar in Rücksicht auf die äußerst schwere physische Arbeitsleistung und die die Gesundheit schädigenden Temperaturverhältnisse, so hätten sie trotzdem der Einführung keinen ernstlichen Widerstand entgegengestellt. Einer Mediation des Akkordfabrikanten jedoch mußten sie mit der größten Willigkeit entgegenzutreten, da zunächst durch nichts bewiesen werden konnte, daß mit Einführung der Teilarbeit irgend welche Erleichterung der Arbeit geschaffen wurde. Der Einwand wurde vom Unternehmer schnell überwunden mit den Worten, die alten Leute in dieser Branche müssen alle aufhören und ich stelle dann neue Leute zu den neuen Akkordfabriken ein. Den Akkordfabrikant bestritt derselbe ganz entschieden, und zwar (naiv wie die Leute alle sind) warf er die Worte hin, es sei dies kein Abzug, sondern ein neuer Akkordfabrikant, und wenn es nicht passe könne gehen, beziehungsweise werde entlassen, was auch in zwei Fällen, wo die betreffenden Kollegen ihre alten Arbeiten fertiggestellt hatten, geschah. Die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß waren resultatlos. Die Organisationsleitung, welche nun nochmals versuchte zu verhandeln, wurde in recht kleinlicher und verständnisloser Weise zurückgewiesen. Nachdem so jede Verständigung unmöglich wurde, beschloßen die Kollegen, die Zurücknahme des Akkordabzuges sowie die Wiedereinstellung der zwei entlassenen Kollegen zu fordern und von Sonnabend morgen ab die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis diese Forderungen vom Unternehmer zugestanden werden. Die Arbeitsniederlegung war eine einmütige, 31 Kollegen verließen den Betrieb, davon einige, welche 20 und 30 Jahre darin tätig waren. Der Kampf wird äußerst hartnäckig werden, aber er wird von uns mit aller Energie durchgeföhrt werden. Wir erwarten deshalb von den Kollegen der Pianofortebbranche allerorts, jeden Zugug nach Leipzig zu vermeiden.

In Niederrhein sind bei der Firm Hörtwig & Kinzel, Bau- und Möbeltischlerei, Differenzen ausgebrochen. Entgegen den nach der vorjährigen Lohnbewegung mit den Unternehmern getroffenen Abmachungen werden dort Abzüge gemacht, wo der gezahlte Lohn ohnedies niedriger ist als der von den Konkurrenzfirmen gezahlte. So wurde einem Kollegen pro Füllung abgezogen 12 Pf. abgezogen, so daß der Arbeitslohn für eine Sechsfüllungstür von 5,25 Mk. auf 4,55 Mk. reduziert wird, desgleichen der für eine Vierfüllungstür mit Kämpfer und Oberlicht auf 2,50 Mk., Preise, bei denen ein Kollege nicht anständig leben kann. Der Durchschnittslohn belief sich denn auch nur auf 16,20 Mk., der Stundenlohn schwankte zwischen 24 und 35 Pf. Unsere Kollegen verlangten Zurücknahme der Akkordlohnreduktion, darauf wurde einem Kollegen gekündigt;

als darauf eine Kommission der Kollegen mit der Firma verhandeln wollte, lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab. Die Firma sucht im „Generalanzeiger“, „tüchtige, saubere und flotte“ Tischlergesellen. Wir bitten, den Betrieb streng zu meiden.

In Forstheim sind die Forderungen der Schreiner von den Unternehmern abgelehnt worden. Zugug fernzuhalten.

In Priebus bleibt die Sperre über die Firma D. J. Schulze weiter bestehen. Die Firma lehnt noch jede Verhandlung ab, da aber Arbeitskräfte knapp sind, muß sie uns wohl bald entgegenkommen. Wir können es jedenfalls abwarten. Wir ersuchen, den Zugug auch weiter fernzuhalten, und das um so mehr, als auch noch ein anderer Betrieb infolge Konkurs stillgelegt wird.

In Schreditz mußte der Streik bei der Firma J. Schäfer Söhne, wie berichtet, nach 17wöchiger Dauer für beendet erklärt werden; die Arbeit wurde bedingungslos wieder aufgenommen. Es hatten sich so viele Streikbrecher eingefunden, daß eine Weiterführung des Streiks nicht tunlich erschien. Zwar sind die Arbeitswilligen sehr wenig leistungsfähig, doch konnte der Betrieb mit ihrer Hilfe notdürftig aufrecht erhalten werden, zumal sich auch das Kontorpersonal so opfermutig zeigte, daß es die gefährlichen Maschinen bediente. Daß die Streikbrecher sich der Sympathie der Polizei erfreuten, ist nicht weiter verwunderlich, festgenagelt muß aber werden, daß auch die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine kein Arg darin fanden, einen gemüthlichen Verkehr mit den Arbeitswilligen aufrecht zu erhalten. Obwohl drei Mitglieder des Gewerksvereins am Streik beteiligt waren und bis zum Schluß wacker aushielten, ließen sich einige ihrer Vereinsgenossen herbei, Streikbrechern Logis zu gewähren. Unbekümmert darum, daß die Leitung der Herberge zur Heimat sich große Mühe gab, Arbeitswillige zu ermitteln, hielt der Gewerksverein in diesem Lokal seine Versammlungen ab. Offenbar haben die Herren gar kein Gefühl dafür, daß sie durch solch ein Verhalten die Interessen der eigenen am Streik beteiligten Mitglieder schädigten. Den eigenen Kollegen aber raten wir, sich diejenigen zu merken, die ihnen während des Kampfes in den Rücken gefallen sind, und sie gebührenderweise mit Verachtung zu strafen.

In Teterow haben die Kollegen am 17. Juli gekündigt, weil sie auf ihre Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes auf 30 Pf., keine Antwort erhalten haben. Zugug von Tischlern und Maschinenarbeitern fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Holzarbeiterverband

zählte nach der soeben abgeschlossenen Abrechnung des ersten Quartals 1905 Ende März 1905 **107722** Mitglieder, das sind 2336 Mitglieder mehr als am Schlusse des Jahres 1904.

Wir können nicht verhehlen, daß uns dieser Mitgliederzuwachs im ersten Quartal dieses Jahres lange nicht befriedigt. Bei der regen Bewegung, die wir von Anfang des Jahres an in der Holzindustrie zu verzeichnen hatten, bei der außerordentlichen Tätigkeit, die der Verband dabei entfaltet hat, und bei dem Interesse, das man in allen Kollegentreifen den gewerkschaftlichen Kämpfen entgegenbrachte, konnte man immerhin einen weit günstigeren Mitgliederabschluß am Schlusse des ersten Quartals erwarten. Wir möchten unsere Kollegen daran erinnern, daß es mit der Lohnbewegung allein nicht getan ist; es gilt auch, unsere Organisation immer mehr zu stärken durch Zuführung neuer Mitglieder. Und an der nötigen Agitation für den Verband scheint es noch sehr zu mangeln, trotzdem gerade die jetzige gewaltige Lohnbewegung Agitationsstoff in Hülle und Fülle bietet.

Kollegen, agitiert mehr als bisher für den Verband. Je mehr wir jetzt unsere Organisation stärken, um so leistungsfähiger wird sie für die Zukunft. Vergessen wir nie, daß noch 1/4 unserer Berufskollegen dem Verbands fernstehen; die gilt es zu organisieren.

Der 20. Deutsche Korbmachertag findet am 31. Juli und 1. August in Altona statt. Er soll sich unter anderem befassen mit der „Notwendigkeit der Schaffung einer alle Interessengruppen der Korbwarenindustrie umfassenden Organisation“, mit der Frage der Erhöhung der Korbwarenpreise, mit dem „Stand der Zollfrage in Bezug auf Korbwaren“, mit dem „Bericht über die Erfolge der Bundesstätigkeit auf dem Gebiet der Gefängnisarbeit“, weiter mit einem Antrag der Korbmacherringen zu Hannover-Linden: „Bekämpfung der Korbschlechtschulen, sowie der Hausindustrie“.

Gewerkschaftliches.

Die lieben Arbeitswilligen.

In einem unserer rheinischen Parteiblätter lesen wir: Eine noble Arbeiterorganisation ist der „Bund deutscher (arbeitswilliger) Brauergesellen“, dessen Bochumer Ortsgruppe am Sonntag ein Fahnenweihfest beging. Zu den Ehrengästen gehörte auch der — Dr. Kreuzbauer (der Führer der Brauereiverein in Rheinland-Westfalen, welche die Brauereiarbeiterausperrung vorgenommen haben. D. Red.), der der geschätzten Arbeitswilligenorganisation folgende Komplimente machte: „Es sei ihm eine außerordentliche Ehre und persönliche Freude, in diesem Augenblick inmitten so vieler Vereine bei einer solchen Feier zugegen sein zu dürfen. Er übermittle dem Bochumer Verein die herzlichsten Glückwünsche des Brauereiverbandes. Wenn zwischen dem Brauereiverband und dem Brauerbund ein so gutes Verhältnis bestehe, so sei es dem ideal-schönen Programm des Brauerbundes zu danken.“ Die Bundesbrüder veranstalteten sodann einen grotesken Unzug durch die Stadt. Nachmittags wurde dann von einer Militärkapelle zum Ronzet und Trinken, sowie später zum Tanze aufgeführt. Damit nun dieses hochpatriotische Ordnungsmenschenfest auch

mit dem nötigen Effekt schließe, erhub sich bei den hochtollbierseigenen Broykottbiererezeugern eine furchtbare Schlägerei, wobei einem Bundesbruder namens Dör drei tiefe Messerstücke in den Rücken beigebracht wurden, so daß ihm zwei Messerflügel in den Rücken stecken blieben, einer wie tot zu Boden geschlagen und auch ein dritter schwer verletzt wurde. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht, wo der Gestochene mit dem Tode ringt. Die Wüteriche wurden verhaftet und sehen einer schweren Strafe entgegen. So schloß die Feier der Schützlinge des Dr. Kreuzbauer und der Brauereibesitzer.

Der Buchdruckerverband hielt seine Generalversammlung in der Zeit vom 19. bis 26. Juni in Dresden ab. Bei der Diskussion des Vorstandsberichtes wurde ein Antrag, welcher den Gauvorstehern das Recht einräumte, bei Gefährdung der Koalitionsfreiheit und bei Maßregelung von Vertrauensmännern allein über die zu treffenden Maßnahmen zu entscheiden, nach eingehender Aussprache zurückgezogen und eine Resolution angenommen, welche die seit herige Haltung des Verbandsvorstandes anerkennt und die Gauvorstände ermächtigt, wie seither bei unvorhergesehenen Ereignissen die Entscheidung zu treffen. Ebenso wurde ein Antrag den Tarif zu kündigen, nach längerer Debatte zurückgezogen, und beschlossen, die Gehilfenvertreter zu beauftragen, zu gegebener Zeit einen Antrag auf Revision des Tarifs zu stellen. — Die Besprechung über die Stellung des Verbandes zu den übrigen graphischen Berufen endete mit der Annahme einer Resolution, in welcher es als die selbstverständliche Pflicht des Verbandes erklärt wird, die Bestrebungen der Hilfsarbeiter zur Hebung ihrer Lage zu unterstützen. Gegen eine Reihe von Vorwürfen, die der Haltung des Verbandes gegenüber erhoben wurden, verteidigte sich der Redakteur des „Correspondent“ in längerer Rede mit dem Erfolg, daß die Einsetzung einer Prekommission, sowie die Zurücklegung des Blattes nach Berlin abgelehnt wurden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der seitherigen Beamten, auch der Redakteur des „Correspondent“ wurde wiedergewählt. Die Gehälter der Beamten werden in der Weise festgesetzt, daß der Vorsitzende, Kassierer und Redakteur ein Grundgehalt von je 2700 Mk. erhalten, welches in fünfzehn Jahren bis 4200 Mk. steigt. Das Gehalt des Verwalters beträgt 2400 Mk. und steigt bis 3900 Mk., das der Hilfsarbeiter steigt von 2000 bis 3000 Mk. Die gegenwärtig gezahlten Gehälter bewegen sich zwischen 2400 und 3700 Mk.

Der Schmiedeverband hat sich infolge der Ausfahrungen in Bayern und an der Unterweser, sowie des Streiks in Flensburg genötigt gesehen, auf die Dauer von sechs Wochen einen wöchentlichen Extrabetrag von 50 Pf. zu erheben.

Tischendröfer, der bekannte Nationalsozialist, Mitglied des Verbandes der Steindrucker und Lithographen, hat nunmehr seinen Austritt aus dem Verbandsangezeigt. Grund: die auf dem Gültner Gewerkschaftskongress erneute gefasste Äußerung: Gewerkschaften und Partei sind eins, lassen ihn an der Neutralität der freien Gewerkschaften, wie sie auch seinerzeit Bebel in der Berliner Versammlung der Steindrucker und Lithographen bekräftigt hat, verzweifeln, ferner glaubt er sich als Nichtsozialdemokrat einer steigenden Bekämpfung im Verband ausgesetzt.

Nach einer Mitteilung der „Silbe“ ist Tischendröfer nicht bestoweniger entschlossen, „seine ganze Arbeitskraft und seine reichen Erfahrungen den deutschen Gewerkschaften zu widmen“. Wie er das nach seinem Austritt aus dem Lithographenverband ermöglichen will, möchten wir schon gerne wissen. Etwa durch Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften?

Eingesandt.

Aufruf an die Stellmacher Deutschlands.

Kollegen! In der Nr. 52 der „Solzarbeiter-Zeitung“ vorigen Jahres richtete die Sektion der Stellmacher Dortmunds einen Aufruf an die Stellmacher Deutschlands, in welchem unter Hinweis auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf der Hauptvorstand und die Gauvorstände ersucht wurden, der Agitation unter den Stellmachern etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken und dem Hauptvorstand nahegelegt wurde, eine besondere Agitation unter unseren Berufskollegen einzuleiten. Ferner wurde die Gründung von Sektionen empfohlen und die Frage angeregt, in den einzelnen Gauen Konferenzen abzuhalten, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, näher in Verbindung zu treten und die Zustände im Gau besser kennen zu lernen. An die Kollegen aber wurde die Aufforderung gerichtet, diese Fragen in der Zeitung zu diskutieren, eventuell Vorschläge zu machen, wie eine Verbesserung der Lage der Stellmacher herbeigeführt werden könne. So oft in früherer Zeit eine derartige Aufforderung an die Kollegen gerichtet wurde, ist derselben noch niemals in einer so umfangreichen Weise Folge geleistet worden wie in diesem Falle. Bereits in Nr. 1 der Zeitung dieses Jahres setzte die Diskussion ein, und in einer Reihe weiterer Eingesandts nahmen die Kollegen Stellung zu dem Aufruf. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, unter anderem wurde auch die Abhaltung einer allgemeinen Stellmacherkonferenz angeregt.

Die rege Aussprache in der Zeitung und die Anregung aus dem Gau Elberfeld, für diesen Gau eine Konferenz einzuberufen, hat nun auch den Hauptvorstand veranlaßt, sich mit der Angelegenheit näher zu beschäftigen. Er ist dabei mit der Ablehnung des Gesuchs vom Gau Elberfeld sich dahin schlüssig geworden, seine Zustimmung zur Abhaltung einer allgemeinen Konferenz der Stellmacher zu geben, und hat den Unterzeichneten ersucht, die einleitenden Schritte zur Konferenz in die Hand zu nehmen.

Indem ich diesem Wunsch nachkomme, ersuche ich die Kollegen aller Zahlstellen, wo Stellmacher in Frage kommen, so bald wie möglich Stellung zur Konferenz zu nehmen. Seit Bestehen des Solzarbeiterverbandes ist es das erste Mal, daß die Stellmacher Deutschlands zusammentreten sollen, um zu beraten, wie die Verhältnisse in unserem Beruf abzuändern sind, wie die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können, und um Mittel und Wege zu finden, wie die große Masse der unorganisierten Kollegen der Organisation zuzuführen sind. Dieses ist aber nur möglich, und die Konferenz kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn

die Beteiligung an derselben eine recht zahlreiche ist. Es ist daher die Pflicht aller Kollegen, dafür zu sorgen, daß sie auf dieser Konferenz vertreten sind. Besonders notwendig ist es, daß sich die Orte beteiligen, wo Waggonfabriken, landwirtschaftliche Maschinenfabriken und Wagenbauanstalten vorhanden sind. Solche Zahlstellen, wo nur wenige Kollegen beschäftigt sind, könnten sich zwecks Vertretung mit nahe liegenden Zahlstellen in Verbindung setzen. Ich ersuche die Kollegen nun, sofort in die Vorarbeiten einzutreten und mir die Adresse eines Kollegen mitzuteilen, an welchen Material usw. gesandt werden kann.

Die Konferenz soll am 15. und 16. Oktober d. J. in Halle a. S. stattfinden. Die Kollegen wollen sich deshalb recht bald mit der Lokalverwaltung ihrer Zahlstelle wegen der Entsendung eines Delegierten ins Einvernehmen setzen. Die Wahl der Delegierten hat in einer Sektionsversammlung der Stellmacher stattzufinden. Der Verbandsvorstand hat sich bereit erklärt, zu den Delegationskosten je nach Ergebnis einen Zuschuß zu gewähren. Entsprechende Anträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 15. September an den Verbandsvorstand einzureichen.

Sonstige Anfragen und Mitteilungen, die Konferenz betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.
Franz Heuck, Berlin N 28, Lorkingstraße 16.

Aus Leipzig

erhalten wir zwei Einsendungen, die sich mit unserer Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress beschäftigen; die erste bringen wir in ihrem ganzen Umfang zum Ausdruck, die zweite wegen ihres großen Umfangs nur im Auszug. Zunächst schreibt uns Kollege **S. Lehmann**:

„Als ich die Nr. 25 der „Solzarbeiter-Zeitung“ in die Hand nahm, war ich verwundert, wie die Redaktion es fertig bringt, uns mit zwei Artikeln aufzuwarten, welche, und das kann ruhig ausgesprochen werden, der Kritik, der der Gewerkschaftskongress fast allenthalben über die zwei strittigen Punkte „Generalstreik“ und „Maifeier“ ausgeübt war, nicht standhält. Nun ist es ja das Recht jeder Zeitung, ihre Meinung so kund zu tun, wie selbige es am zweckentsprechendsten vertreten kann, nur kommt es darauf an, daß sich die Redaktion nicht etwa von dem Grundsatz leiten läßt „Für wir haben recht“. Wie es möglich ist, sich einem Protest „voll und ganz“ anzuschließen, wie im Artikel „Wir protestieren“ zu lesen ist, bleibt Geheimnis der Redaktion. Einem Protest, der jedenfalls den pp. Leimpeters zum Vater hat, derselbe, der auf dem Gewerkschaftskongress die Arbeiter aufs tiefste beleidigt und verhöhnt hat, in der Frage der Maifeier, bezüglich „des lendenlahmen Gauls“ und „Chinesen und Botosuden können uns nicht bestimmen“ usw. Dem sich „voll und ganz“ anzuschließen, deutet darauf hin, daß die Mitglieder einer Gewerkschaft samt und sonders auf dem Posten sein müssen, und sich stetig auf dem laufenden zu halten, durch regen Versammlungsbesuch usw., um erst auch mal in die Lage zu kommen, derartige tief bedauerliche Worte mit anhören zu müssen. Wie viel Kämpfe und ungeheure Opfer die Maßfrage gekostet hat, läßt den Artikelschreiber kalt, er schließt sich „voll und ganz“ an.“

Man vergegenwärtige sich einmal, wie und was die Arbeiter denken sollen, gerade in der Maßfrage. Von der Partei soll gefestigt werden, von den Spitzen der Gewerkschaften wird gebremst; in den Versammlungen werden Vorträge über die Bedeutung des 1. Mai gehalten, in der Diskussion wird wieder gebremst. Das verstehen wir nicht; wir hätten vom Gewerkschaftskongress eine klare Antwort erwünscht. Wenn dann Proteste entstehen, ist es doch kein Wunder. Der Kongress hat die Gewerkschaftsmitglieder eben in keiner Weise befriedigt. Sie wollten was Greifbares, sie wollten erlöst sein von der Zwitterstellung in der Maßfrage, entweder ja oder nein. Wenn der Kongress die Teilnehmer befriedigt hat, so ist das ihre Sache. Wir können verlangen als Mitglieder, daß auch unserer Meinung Rechnung getragen wird, und wenn wir etwas zu tadeln haben, nicht in so überhebender Weise zu antworten, wie es die Redaktion den Leipziguern gegenüber tut.

Die zweite Notiz, „Die Leipziger Solzarbeiter“ belittelt, läßt tief blicken; sie zeigt, wie man die größeren Zahlstellen von Stuttgart aus geistig bewertet. Woher ist denn dieser Bericht von der Versammlung gekommen, wenn nicht aus Leipzig? Kategorisch wird da geschrieben, „ein Bericht ist uns nicht zugegangen“. Mit welchem überhebenden Gefühl wird da versucht, die auswärtigen Kollegen von der Wichtigkeit der Versammlung zu überzeugen. Wie liegen denn aber die Verhältnisse in ihrer prinzipiellen Natur? Wenn die Versammlung schwach besucht war, die den Bericht vom Gewerkschaftskongress entgegennehmen sollte, so mußte selber unmöglich ein Urteil abgegeben konnte, so mußte unser erster Beamter, Kollege Gerike, konsequenterweise auch seinen Bericht zurückstellen. Wenn er ihn aber trotzdem gab und am Ende zur Kritik auffordert, dann sollen wir wohl, da wir mit den Arbeiten des Kongresses nicht zufrieden waren, in voller Ergebnisheit alles hinnehmen und warten, bis unseren Kollegen einfallt, in eine Versammlung zu kommen. Wer die Versammlungsbesucher etwas näher ansieht, muß sagen, es sind immer die alten, die sich um das Gedeihen des Verbandes stets kümmern, und die sollen zugunsten derjenigen, die die große Mehrzahl der Nichtbesucher ausmachen, sich eines Urteils enthalten. Sonst heißt es, wenn irgend ein gefähter Beschluß nicht gefällt, schert euch in die Versammlung, und hier sucht man diese Kollegen zu entschuldigen mit der Annahme, diese 3500 wären mit den Arbeiten des Kongresses zufrieden; welche Utopie! Wir müssen eben jede geistige Kraft, die uns von „oben“ gereicht wird, bedingungslos verdauen. Der Satz „denn das können wir doch nicht gut annehmen, daß die Kollegen von Leipzig, trotz der Lektüre der „Leipziger Volkszeitung“, so versumpft sind“ usw. ist eine dermaßen niedrige Beleidigung der hiesigen Kollegen, daß mir die Worte fehlen, es richtig zu bezeichnen. Gines fällt mir in hervorragender Weise auf: Denkt denn der Artikelschreiber, er ist der Gewerkschaftskongress gewesen? Denn nur diesen haben wir treffen wollen, nicht ihn. War selbiger Mitglied des Kongresses, so gilt die Resolution auch ihm. Wenn es erst einmal so weit kommen sollte, daß man mit seinem Urteil zugunsten der weitbefohlenen Gewerkschaftsbeamten zurücktreten soll, oder mit nicht ganz einwandfreien sachlichen Entgegnungen fortgesetzt zu kämpfen hat, dann

wird es Zeit, daß sich die Mitglieder ihre Funktionäre etwas näher ansehen und ihnen begreiflich machen, „bis hierher und nicht weiter.“

Und Kollege **Meusch** schreibt uns:
 „Am 6. Juni wurde in einer Mitgliederversammlung über den Gewerkschaftskongress Bericht erstattet. Durch die Partei- und Gewerkschaftspressen war ich über die Beratungen und Beschlüsse des selben hinreichend orientiert und war ich zu der Überzeugung gekommen, daß der Kongress den berechtigten Hoffnungen und Wünschen der Arbeiter Deutschlands nicht Rechnung getragen hatte, und zwar nicht bei den Punkten „Genossenschaften und Gewerkschaften“, „Grenzstreitigkeiten“, „Generalstreik“ und „Maifeier“. Es reißt in mir der Entschluß, in der Versammlung meinem Herzen Luft zu machen und mein Mißfallen in einer Resolution auszudrücken. Das tat ich, und als Kollege Lehmann ebenfalls eine Resolution vorlegte, einigte ich mich mit ihm über die bereits mitgeteilte Resolution, die dann auch gegen drei Stimmen zur Annahme gelangte. Nun hatte ich allerdings erwartet, daß seitens der Lokalverwaltung ein Bericht an die „Volkszeitung“ und die „Solzarbeiter-Zeitung“ eingereicht worden wäre, das ist nicht geschehen. Am 7. Juni erschien allerdings in der „Volkszeitung“ ein Artikel, in dem die Redaktion ihre Genugtuung über unseren Beschluß ausdrückte, der ihrer Stellungnahme zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Kongresses entsprach. Wie bereits gesagt, erschien ein Bericht seitens der Verwaltung unserer Zahlstelle nicht, was aber unbedingt nötig gewesen wäre, um die Öffentlichkeit über die Begründung unseres Beschlusses zu informieren, was aus dem Bericht der „Volkszeitung“ nicht möglich war. Dort sind nur einige Stellen aus der Diskussion herausgegriffen, ich erwähne nur den Kraftausdruck: „Das war kein Gewerkschaftskongress, sondern ein Kongress der Gewerkschaftsbeamten!“ Da nun die Erläuterung zu diesem Ausdruck fehlt, so ist es verständlich, daß bei Außenstehenden diese Stelle Kopfschütteln erregt hat. Auch ich habe meine Mißbilligung über die zahlreiche Vertretung der Gewerkschaftsbeamten auf dem Gewerkschaftskongress ausgedrückt, trotzdem ich keine Schablone in der Delegation angelegt wissen will; es gibt eben einige Städte, wo es unter Umständen nicht anders möglich ist, den angestellten Beamten der Zahlstelle zu delegieren, es kann dies auf Vorkommnisse in der Zahlstelle zurückzuführen sein, welche bedürftig, auf dem Kongress zur Sprache gebracht zu werden, und dies dem Gewerkschaftsbeamten infolge seiner Tätigkeit in derselben am besten möglich ist, dieselben zu vertreten; andernfalls kann es auch vorkommen, daß derjenige, welchen man delegieren möchte und auch die Fähigkeit besitzt, so abhängig vom Arbeitgeber ist, daß er, um einer Maßregelung vorzubeugen, und welche auch im Interesse des Verbandes möglichst vermieden werden soll, von der Annahme eines Mandats absteht. Wie gesagt, schablonisieren läßt sich das nicht, aber es kann in verschiedenen Städten doch vermieden werden, daß nicht immer der Gewerkschaftsbeamte delegiert wird, selbst wenn erklärt werden sollte, daß der Beamte auf dem Kongress lernen sollte. Ich meine, dazu wird ihm genügend Gelegenheit geboten, auch ohne einen Kongress besuchen zu müssen.“

Am 9. Juni erschien nun in der „Volkszeitung“ eine Berichtigung des Kollegen **Gerike**, in welcher dieser sich gegen die Berichterstattung derselben über die fragliche Versammlung wendete und seine Ablehnung der angeführten Resolution damit rechtfertigte, daß er „eine von höchstens 200 Personen besuchte Mitgliederversammlung für die Austragung so weittragender Beschlüsse nicht für anbracht hielt“. Wogu diese Berichtigung, wenn nicht, um den „Berichter“ der Resolution der Öffentlichkeit vorzustellen, da er sonst der Verfasser- oder Mitarbeiterhaft verdächtigt werden könnte, dann auch, um sich dem Hauptvorstand gegenüber vor dem Verdacht zu reinigen, zu der Opposition gegen den Gewerkschaftskongress zu gehören. Ich hätte dazu nichts gesagt, nur aber die Redaktion schreibt, diese „Protestaktion“ sei nicht tragisch zu nehmen, da von 3700 organisierten Leipziger Solzarbeitern nur 200 in der Versammlung waren, während die übrigen 3500 gar keinen Grund hatten, in die Versammlung zu gehen, indem sie „wohl nur wenig oder gar nichts einzuwenden hätten, so daß sie die Abwesenheit in der Versammlung nicht für notwendig und geboten hielten“ — nun muß ich einiges sagen. Wenn die Redaktion einen solchen Standpunkt einnimmt, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn aus fast allen Städten ständig über schlechten Versammlungsbesuch geklagt wird. Wir nahmen aber bisher an, das sei ein Zeichen der Interesslosigkeit, unsere Redaktion belehrt uns aber, daß es ein Zeichen befriedigten Wissens der Arbeiter ist. (!!) Übrigens waren in der fraglichen Versammlung in der Hauptache Vertrauensleute, Sektionsleiter, Werkstattdelegierte usw. anwesend, und in einer am 4. Juli stattgefundenen Versammlung, wo Kollege **Weker** aus Stuttgart sprach, waren auch nur 300 Kollegen anwesend, und doch wurden recht wichtige Beschlüsse gefaßt.“ — Schließlich erklärt Meusch noch betreffs der anwesenden drei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“, daß dieselben „nicht als Berichterstatter, sondern als Gäste in der fraglichen Versammlung anwesend waren, und auch nur dadurch, daß eine Sitzung im „Volksbause“ stattfand, an welcher die Redakteure beteiligt waren, und da dieselbe kurz nach Beginn unserer Versammlung beendet war, wohnten sie einige Zeit der Versammlung bei, Genosse **Mehring** nur etwa eine Viertelstunde, nur Genosse **Dr. Lenhsch** hat der Versammlung bis zu Ende beigewohnt. Selbst wenn alle drei Redakteure bis zum Schluß geblieben wären, hätte die „Solzarbeiter-Zeitung“ kein Recht, ihnen darüber einen Vorwurf zu machen, wir in Leipzig wenigstens über eine derartige Latlosigkeit nicht. Aber durch wen hat denn die „Solzarbeiter-Zeitung“ derartige Berichterstattung? Sie schreibt doch in Nr. 25 selbst: „Ein Bericht ist uns nicht zugegangen.“ Hier scheint ein Stück Denunziationsarbeit verrichtet worden zu sein zu dem Zwecke, die Versammlungsbesucher in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Hoffentlich teilt uns die Redaktion diesen „Berichterstatter“ mit, damit wir mit ihm zur gegebenen Zeit und am richtigen Orte abrechnen können.

Nun noch einige Worte über die Stelle in der „Leipziger Volkszeitung“. Auch über die Haltung der „Solzarbeiter-Zeitung“ fielen Äußerungen, die sich Genosse **Deinhardt** in Stuttgart nicht hinter den Spiegel stecken wird.“ Diese Stelle ist etwas

stark aufgetragen, und könnte ein Ueineingeweihter glauben, es wären ungeheuer schlimme Äußerungen gegen den Kollegen Deinhardt gefallen; dem ist aber nicht so. Kollege Lehmann stellte nur einen Vergleich zwischen den Artikeln: „Der 1. Mai“ und „Der Gewerkschaftskongress in Ebn“ an, indem in dem ersten Artikel für die Arbeitsruhe plädiert wurde und beim anderen Artikel sich die Redaktion mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden erklärte und dadurch nicht konsequent ihren Standpunkt vertreten hätte. Ich habe allerdings eine inkonsequente Stellung der Redaktion bei diesen beiden Artikeln nicht herausgefunden, aber das ist ja das Recht der Meinungsäußerungen jedes einzelnen. Hätte die „Leipziger Volkszeitung“ zu diesem Ausdruck die Begründung gebracht, hätte es nach außen hin nicht so gefährlich und anstößig geklungen. Auch so tragisch, wie es die „Bergarbeiter-Zeitung“ hinstellt, nehme ich einen derartigen Beschluss nicht; es ist vollständig ausgeschlossen, daß wegen einer Meinungsverschiedenheit das Band zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation gelockert oder gar zerissen werden könnte, da müßte die Harmonie zwischen beiden Gruppen allerdings schlecht bestellt sein. Bei uns in Leipzig ist ein derartiges Verhältnis vollständig ausgeschlossen; haut hier wirklich mal einer über die Schnur, nun so wird ihm der Kopf gründlich gewaschen, selbst wenn er Haare dabei lassen muß; ich hätte nur gewünscht, den Genossen Veinpeters hätten wir in Leipzig, der könnte sich freuen. Um nun dem Vorwurf entgegenzutreten, ich hätte an den Verhandlungen und Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses nur herbe Kritik geübt, aber bessere Vorschläge zur Regelung obiger Punkte nicht gebracht, werde ich, falls mir die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Raum unserer Zeitung zur Verfügung stellt, der Reihenfolge nach meine Meinung zur Geltung bringen.“

Wir haben dem Kollegen Meusch keinen Vorwurf daraus gemacht, daß er herbe Kritik an den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses geübt hat, wir haben es im Gegenteil als der Leipziger Kollegen und somit sein gutes Recht bezeichnet, in der Art und Weise, wie er es tat, Stellung zu nehmen. Wogegen wir uns wandten, war nur, daß man aus der Stellung der Leipziger Holzarbeiter gewissermaßen eine Staatsaktion machte. Somit entfällt für ihn jeder Grund, seine Stellungnahme noch im besonderen in der Zeitung zu präzisieren. Zur Sache selbst haben wir wenig mehr zu sagen. Wir protestieren nur entschieden dagegen, daß man unsere Notiz über die Leipziger Versammlung die „Denunziationsarbeit“ dortiger Kollegen nennt. Ist denn Leipzig gar so sehr abgeschlossen von der Außenwelt, daß man nur durch Spezialbericht eines Denunzianten über die Vorgänge über unseren Verband von dort orientiert werden kann? Es sei denn dem Kollegen Meusch gesagt, daß wir nur berichteten, was man sich weit und breit erzählte, was gewissermaßen die Späßen von den Dächern pfliffen, und was aus der Berichtigung Gerüchtes in der „Leipziger Volkszeitung“ hervorging. Und daß wir nur Tatsächliches berichteten, beweisen ja zur Genüge die obigen Eingangsätze. Den „Denunzianten“ mag Kollege Meusch sich also gefälligst wieder eintreiben. Und nun zu den Äußerungen der „Leipziger Volkszeitung“, die sich Genosse Deinhardt nicht hinter den Spiegel stecken werde. Es geht aus dem Eingangsatz hervor, daß es sich tatsächlich nur um eine gelegentliche unbedeutende Redewendung handelte, die dann durch Uebelwollen des — Herrn Dr. Lentsch zu einem zweideutigen Angriff auf den Genossen Deinhardt zurechtmodelliert worden ist. Hier lernt man einmal die Methode kennen, nach der gegen uns gearbeitet wird. — Im übrigen haben wir zu dem Eingangsatz nichts mehr zu sagen. Unser Standpunkt zum Gewerkschaftskongress wird durch dieselben in keiner Weise irritiert, so daß wir wieder einmal die Ästen über den neuen Fall Leipzig schließen können.

Briefkasten.

An unsere Korrespondenten. Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß wir außerstande sind, größere Einsendungen, die erst Montag oder gar erst Dienstag bei uns einlaufen, in der in der betreffenden Woche erscheinenden Nummer zu veröffentlichen. Dienstagmorgen 9 Uhr ist Redaktionschluss, das bedingt, daß wir am Dienstag überhaupt nur noch kurze Notizen, am Montag auch nur nicht zu lange Einsendungen, die auf die Lohnbewegung Bezug haben, aufnehmen können. Das wird viel zu wenig beachtet, und die Folge davon ist viel Schererei und Ärger für die Redaktion. Am letzten Montag sind beispielsweise so viele und umfangreiche Einsendungen bei uns eingetroffen, daß wir damit allein mehr als eine halbe Zeitung füllen könnten. Und alle diese Einsendungen sollen in dieser Nummer, und auch noch unverkürzt, veröffentlicht werden. Das können wir nun einmal nicht, weil der Raum der Zeitung und die berechtigten Wünsche der Druckerei uns Beschränkungen auferlegen. Wir bitten, das künftig beachten zu wollen.

Falle. Den Bericht von der Sektionsversammlung der Modelltischler sind wir nicht in der Lage aufzunehmen. Wir müssen es ablehnen, so schwerwiegende, die Lattik unseres Verbandes aufs engste berührende Fragen in dieser Weise vor den Augen unserer Gegner zu erörtern. Und auch Sie haben alle Veranlassung, diese Erörterung in der Zeitung zu unterlassen, müßten Sie doch selbst eingestehen, daß Sie sich im Unrecht befinden.

Berlin. M. E. Dein Artikel, der erst Montagmorgen bei uns eingetroffen ist, kann für diese Nummer nicht mehr berücksichtigt werden. So kurz vor Redaktionschluss können wir überhaupt nur noch nicht zu lange Notizen über die gegenwärtigen Differenzen und Lohnbewegungen zulassen. Also nächste Nummer.

Kiel. W. B. Guer Bericht ist nun endlich Montag hier eingetroffen. Da er unverkürzt aufgenommen werden soll, muß er schon für nächste Nummer zurückgestellt werden. Einige Stunden vor Redaktionschluss können wir so umfangreiche Berichte nicht mehr aufnehmen.

Gießen. H. Nächste Nummer aus den gleichen Gründen. Wir geh's gut. Grub.

Leipzig. M. W. Wie oft soll man denn sagen, daß solche Einsendungen, die zur Veröffentlichung in der Zeitung

bestimmt sind, mit dem Zahlstellenstempel zu versehen sind. Dann schickt man aber einen Bericht von einer am 1. Juli stattgefundenen Versammlung auch nicht erst am 11. Juli ein. **Leipzig-Gohlis. S. E.** Dein Eingangsatz konnte in voriger Nummer deshalb nicht mehr veröffentlicht werden, weil es erst Montag uns zuzug und Montags ein für alle-

mal nur Berichte über Lohnbewegungen berücksichtigt werden können. Daß eine Unterdrückung der Leipziger Meinungs-freiheit nicht beabsichtigt war, weist Du aus dem Brief, den ich Dir übermittelte. Übrigens wird den Kollegen Dein wichtiges Eingangsatz auch jetzt noch früh genug zur Kenntnis kommen.

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1905.

Gau	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am 30. Juni	Unterstützung haben erhalten												
				Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise								
				Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.					
Danzig	15	2087	4	17	21	4	8	7	64	75	—	11	18	17	04	4
Stettin	28	2056	6	66	72	16	8	11	67	98	25	184	280	224	16	3
Breslau	34	5626	30	96	126	41	5	62	627	889	97	90	182	129	74	2
Berlin	76	25916	490	2239	2729	555	15	644	6746	9548	48	588	1442	1427	—	8
Dresden	49	10155	259	250	509	128	20	191	1554	1962	52	336	477	444	11	—
Chemnitz	47	8713	69	818	887	158	31	154	1474	1902	57	455	536	519	74	4
Erfurt	42	2854	7	81	88	19	16	10	91	118	68	327	422	481	78	4
Magdeburg	29	4216	86	47	88	9	16	25	267	339	92	529	698	684	71	5
Hamburg	57	12506	96	701	797	97	80	87	615	805	42	901	1337	1266	59	3
Hannover	87	6281	41	388	424	71	21	56	374	444	50	460	871	848	49	3
Elberfeld	42	6833	41	218	259	28	28	28	213	259	75	703	1148	1149	93	7
Frankfurt	56	8574	37	181	168	27	28	46	344	488	19	989	1708	1560	07	—
Nürnberg	24	6020	48	94	137	32	14	68	569	782	09	374	580	639	02	—
München	26	3808	56	232	288	33	12	50	472	688	68	330	692	652	20	2
Stuttgart	68	6122	8	6	14	6	25	8	99	159	—	689	1266	1210	42	4
Hauptkasse	—	586	4	2	6	2	5	4	60	64	—	17	17	25	20	—
Juni 1905	630	112353	1227	4831	6058	1224	277	1446	18636	18572	02	6888	11569	11228	20	49
Mai	619	110459	1446	4825	6271	1284	351	1649	18366	19267	39	7506	11905	11597	96	53
April	629	109089	1520	4254	5774	1765	213	1647	15615	23466	70	4021	6316	6219	26	42
März	631	107842	1827	4319	6146	1559	176	2177	18596	24776	28	3768	5704	5412	34	30
Februar	629	105908	2671	3704	6375	1917	185	2823	25808	34019	44	3495	5538	5231	32	31
Januar	626	104438	2618	4824	7432	2692	180	3736	39580	55210	80	3528	5263	5179	44	34
Dezember 1904	627	102299	1589	4058	5597	2782	232	2235	25949	37986	51	3392	5249	4968	65	31
November	608	102030	1283	3841	5079	1451	161	1685	17446	22562	11	3564	5527	5233	89	42
Oktober	610	100286	698	4307	5005	1226	207	1218	10577	15384	41	3803	5870	5581	85	36
September	616	98519	526	3941	4467	774	203	679	4735	4902	70	4074	6293	6566	53	26
August	600	94413	825	3548	4378	510	243	994	6088	9018	25	5520	8506	8643	52	35
Juli	585	92260	843	2673	3516	700	256	1503	7988	13453	43	6211	9718	9413	11	52

Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 1905.

Gau	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am 30. Juni	Unterstützung haben erhalten												
				Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise								
				Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.					
Danzig	17	2131	21	153	174	7	8	84	350	418	87	44	80	80	77	2
Stettin	30	2153	17	273	290	16	3	70	552	789	02	320	499	482	95	1
Breslau	36	5668	42	372	414	41	5	171	1965	2569	01	270	415	421	28	—
Berlin	81	26229	557	5854	6411	555	15	1506	19551	30463	17	1697	3846	3719	42	3
Dresden	49	10155	209	944	1153	128	20	419	5864	7511	67	770	1086	1014	63	—
Chemnitz	51	9075	74	839	913	153	31	337	3818	5009	04	1218	1500	1463	91	—
Erfurt	45	2937	10	69	79	19	16	28	310	382	06	959	1240	1211	90	1
Magdeburg	32	4322	26	169	195	9	16	49	765	1071	71	1302	1669	1639	25	2
Hamburg	58	12526	172	2143	2315	97	80	266	2588	3444	43	2411	3561	3397	49	2
Hannover	89	6854	81	1127	1208	71	21	163	1643	2153	45	1383	2223	2176	30	1
Elberfeld	47	7117	33	729	762	28	28	51	458	566	05	1991	3165	3109	55	2
Frankfurt	56	8574	34	435	469	27	28	108	873	1527	26	2608	4176	4097	27	—
Nürnberg	24	6020	88	220	308	32	14	146	1879	2478	73	957	1766	1804	16	—
München	26	3838	187	519	656	33	12	132	1527	2283	87	807	1651	1542	25	2
Stuttgart	70	6166	16	55	71	6	25	39	393	539	25	1639	2850	2833	09	2
Hauptkasse	—	586	6	6	12	2	5	4	86	98	70	34	43	51	20	—
2. Quartal 1905	661	113351	1523	1907	15430	1224	277	3518	42617	61806	29	18410	29770	29045	42	18
1. "	651	107342	2325	1347	15472	1559	176	6168	83984	114006	52	10791	16505	15723	10	10
1. " 1904	641	106000	703	1206	12914	2888	230	3738	54072	77972	10	10743	16667	15757	25	13
3. "	633	99047	333	10165	10998	774	201	2686	18716	27874	98	15788	24493	23926	90	9
2. "	504	81812	—	10278	10278	904	348	1660	18551	24575	90	12006	18261	17972	74	126

Im zweiten Quartal betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 15430, das ist annähernd dieselbe Zahl als im ersten Quartal, jedoch 5152 mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres. Nach Abzug der vom vorigen Quartal übernommenen Arbeitslosen bleibt ein Zugang von 13907, das sind 1060 mehr als im ersten Quartal. Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 13,4 gegen 12,5 im Vorjahr und 14,5 im ersten Quartal dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit ist also gegen die ersten drei Monate des Jahres etwas zurückgegangen, aber höher als im Vorjahr. Am letzten Tage des Quartals, den 30. Juni, waren 1,08 Prozent Arbeitslose gemeldet, gegen 1,1 Prozent im Vorjahr und 1,4 Prozent am 31. März dieses Jahres.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist gegen das vorige Quartal von 6168 auf 3518 zurückgegangen. Auf je 100 arbeitslose Mitglieder entfielen 22,8 Unterstützte, während das Prozentverhältnis im gleichen Quartal des Vorjahres nur 18,1, im ersten Quartal laufenden Jahres aber 39,8 war. Die Durchschnittszahl der unterstützten Tage pro Empfänger betrug 12,1, gegen 11,2 im zweiten Quartal des vorigen und 13,6 im ersten Quartal dieses Jahres, und der durchschnittliche Betrag der Unterstützung 17,42 Mk., gegen 14,80 respektive 18,49 Mk. Hieraus geht hervor, daß auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wohl etwas niedriger als im ersten Viertel des laufenden Jahres, aber höher als im Vergleichsquarteral des vorigen Jahres war.

Von den einzelnen Gauen hatte wieder der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit, nämlich 24,4 Prozent der Mitgliederzahl; die übrigen Gauen folgten so: Hannover 18,9, Hamburg 13,5, München 17,0, Stettin 13,5, Dresden 11,3, Elberfeld 10,7, Chemnitz 10,0, Danzig 8,1, Breslau 7,3, Frankfurt 5,4, Nürnberg 5,1, Magdeburg 4,5, Erfurt 2,7, Stuttgart 1,1 Prozent.

Am letzten Tage des Quartals hatten nur die Gauen Berlin (2,11), Dresden (1,16) und Hannover (1,12) eine höhere Arbeitslosenziffer als den allgemeinen Durchschnitt von 1,08 Prozent. Die übrigen zwölf Gauen bleiben unter diesem Durchschnitt.

Den höchsten Prozentsatz an unterstützten Arbeitslosen hatte wieder der Gau Stuttgart mit 54,9, ihm folgen Nürnberg mit 47,4, Breslau mit 41,3, Chemnitz mit 36,9, Dresden mit 36,3, Erfurt mit 29, Magdeburg mit 25,1, Stettin mit 24,1, Berlin mit 23,5, Frankfurt mit 23,0, während die übrigen fünf Gauen den allgemeinen Durchschnittssatz nicht erreichten.

Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage ist am größten im Gau Magdeburg, nämlich 15,6, am niedrigsten im Gau Stettin, nämlich 7,9 Tage. Ferner bleiben noch unter dem Durchschnitt von 12,1 Tagen die Gauen Frankfurt mit 8,0, Elberfeld mit 8,9, Hamburg mit 9,7, Stuttgart und Hannover mit 10,0, Danzig mit 10,3, Chemnitz mit 11,3, Breslau und München 11,5. Der durchschnittliche Betrag der gezahlten Unterstützung pro Empfänger ist am höchsten im Gau Magdeburg mit 21,87 Mk., am niedrigsten im Gau Elberfeld mit 11,10 Mk.

Die Reiseunterstützung erforderte fast die doppelte Ausgabe als im ersten Quartal dieses Jahres, aber auch über 11000 Mk. mehr als im zweiten Quartal 1904. Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viel Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezahlt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben. Nach der genauen Zusammenstellung der Reiselegitimationen betrug im ersten Quartal die wirkliche Zahl der Reiseunterstützungsempfänger 2562, gegen 2396 im vierten Quartal. Diese Mitglieder haben nach der Zahl der Fälle durchschnittlich 4,2 (4,5) mal innerhalb des Vierteljahres Reiseunterstützung erhalten. Für das zweite Quartal ist die Zahl der Empfänger noch nicht festgestellt.

Wir fügen zum Schlusse wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht veräumen möge.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 27. Juli, abends halb 9 Uhr, im Hofentaterhof, Hofentaterstraße 11/12.
Glin a. Rh. Sektion der Parkettleger. Sonntag den 30. Juli, vormittags halb 11 Uhr, im Lokal F. Kilmann, Lieboldstraße 67.
Glin. Sektion der Stellmacher. Sektionsversammlungen jeden letzten Samstag im Monat bei H. Inkelbach, Gereonswall 4.
Stettin. Sonntag den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, Versammlung, Tagesordnung: 1. Neuwahl eines Kassierers. 2. Beitragshebung. 3. Sonstige Angelegenheiten.
Waldenburg. Die Mittglieverversammlungen finden im Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“ in Wittwasser statt. Nächste Versammlung den 29. Juli und fortlaufend alle vierzehn Tage.

Anzeigen.

Darmstadt. Arbeitsnachweis und Auszahlung der Heißenunterstützung bei Anton Gitting, Viehweidenstraße 37, von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr. Umhauen verboten.
Garmisch. Bevollmächtigter Hof. Mühlberger in Partentkirchen, Sonnenstraße 196. Kassierer Hans Bantes in Partentkirchen, Badgasse 107, Wabeanfall. Dasselbst Heißenunterstützung von 11 bis 12 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends. Vertreterslot im „Kolkoseum“ in Garmisch.
Kiel. Die Herberge befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Fährstraße 24.
Münster, Westf. Die Heißenunterstützung wird in der Herberge „Zur Heimat“, Sternstraße, ausbezahlt. Wir bitten die reisenden Kollegen, dieses zu beachten.
Schwelm (Miedl.). Heißenunterstützung wird ausbezahlt bei unserem Kassierer Fritz Kuhl, Bäckerstr. 44, mittags von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr und abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr.
Regensee (Oberbayern). Bevollmächtigter Wilhelm Gimmer bei Alois Rufner, Hauptstraße.
Waldenburg. Unser Vertreterslot befindet sich in Wittwasser im Gasthof zum „Deutschen Kaiser“. Heißenunterstützung geht aus H. Goffmann in Waldenburg, Hochwallstraße 8 part., mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 8 Uhr.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Bischof, Hermannstraße 26, 5. St. I. r. Umhauen ist strengstens verboten. Die Heißenunterstützung wird bei Singer, Gemeindebadgäßchen 6, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Naumburg a. S.
 Der Arbeitsnachweis für Tischler liegt in Händen der Lokalverwaltung ab 1. Juli er. laut Vertrag vom 1. 5. 05. Meldungen beim Kassierer. Umhauen zwecklos. Wir bitten die Lokalverwaltungen, dies zweckentsprechend bekanntzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Schmöln.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß nächsten Sonntag den 30. Juli im **Volkshaus** unser **Sommer-Fest** besteht in Konzert, Kinderbelustigung und Ball stattfindet. Anfang nachmittags 3 Uhr. Es werden die Kollegen mit ihren wertigen Damen hierdurch freundlichst eingeladen.

Die Lokalverwaltung.

Der Tischler Karl Friede wird gebeten, das Mitgliedsbuch des Tischlers Karl Köhler an den Kassierer der Zahlst. Kellinghufen zu senden. Adresse Marienstraße 10.

Kollege Tischler Adam Köffert sende umgehend Deine jetzige Adresse nach Bochum an Deine um Dich besorgte Schwester. Alle Kollegen werden dringend gebeten, wenn sie den Aufenthalt des Obigen wissen, umgehend die Ortsverwaltung Bochum zu benachrichtigen.

Drei tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung.

H. Wöhlert, Ludwigslust, Meckl.

Tüchtiger Modelltischler für Aematur und Kleinmodelle sofort gesucht.

Geraer Modellfabrik, Neuestr. 12.

Mehrere tüchtige Tischler für bessere eichene Möbel und Geschäftseinrichtungen für dauernd gesucht.

Möbelfabrik A. Türklitz Brandenburg a. S.

Zwei Tischler und zwei Maschinenarbeiter für dauernde Stellung gesucht.

Ang. Werdermann, Süssmühlfabrik Trebbin, Kreis Teltow.

Tüchtige Büffeltischler

finden lohnende, event. dauernde Stellung bei

Rich. Saalfeld, Möbelfabrik Helmstedt i. Br.

Tüchtige Möbelschreiner

bei hohem Lohn u. dauernder Stellung gesucht.

L. Chandon & Co., G. m. b. H. Spezialfabrik moderner Büreaumöbel Landrecht (Pfalz).

Tüchtige Möbelschreiner sucht bei dauernder und lohnender Beschäftigung

Möbelfabrik Galdorf (Württ.).

Tüchtige Möbeltischler erhalten dauernde Stellung, bis 45 Pfennig Stundenlohn.

L. A. Grössner, Möbelfabrik Eiseburg.

Möbeltischler für beste Arbeit nach Zeichnung gesucht. Dauernde Stellung.

Ernst Marby, Fabrik für Kunstmöbel Coribus.

Tüchtige Heberpolierer werden infolge Vergrößerung sofort für dauernd gesucht in der Sopianoortfabrik von

R. Weissbrod, Eisenberg (S.-M.).

Tüchtige Stuhlbauer und Polierer für dauernde Arbeit bei gutem Lohn gesucht. **Cramer & Münnig, Stuhlfabrik Sameln a. d. Weiser.**

Ein im **Beizen, Polieren und Mattieren** vollständig tüchtiger Arbeiter findet bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. **Brüxer Holzwarenfabrik Brüx, Böhmen.**

2-3 Korbmacher werden auf Großgeschlagenes bei erhöhtem Lohn sofort gesucht. **Karl Apelt, Mühlberg a. Elbe.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **3-4 Korbmacher** auf Reiseförbe bei hohem Akkordlohn. **Eckenfelder & Widmann Salingen (Wirtt.).**

3-4 Korbmachergehilfen auf Mattarbeit (Ballonföbe) sofort gesucht. Stücklohn 30, 35 und 40 Pfennig. **C. Hoffmann, Korbfabrik, Caffel Sedanstraße 5.**

Suche mehrere **Korbmacher** auf grüne Packföbe. Akkordlohn pro Stück 40 Pf. **Peter Wiesner, Limburg a. Lahn.**

Mehrere tüchtige **Korbmacher** auf Bambus- und Kongoarbeit verlangt **P. Fechner, Berlin-Schöneberg, Neue Warendorferstr. 8.**

Korbmacher auf runde Mattarbeit sucht **K. Szieleit, Bad Cnös.**

Korbmacher auf runde Halbschiffelföbe und Mattarbeit werden bei hohem Lohn für dauernd gesucht. **Otto Vetter, Kötschenbroda b. Dresden.**

Ein tüchtiger **Korbmacher** auf Geschlagenes und Reparaturen findet dauernde Beschäftigung bei **Ludwig Rempp, Korbwarengeschäft Pforzheim, Brühlstraße 2.**

Drei Korbmachergehilfen auf Roharbeit sofort gesucht. **C. Hoffmann, Korbfabrik, Caffel, Sedanstr. 5.**

Korbschneider auf Hobelmaschine sofort gesucht. **L. Plant, Köln a. Rh.**

Eine gutgehende **Holzbohrerei** zu verkaufen in einer größeren Stadt Rheinlands. Offerten unter **P. S. 46** an die Expedition dieser Zeitung.

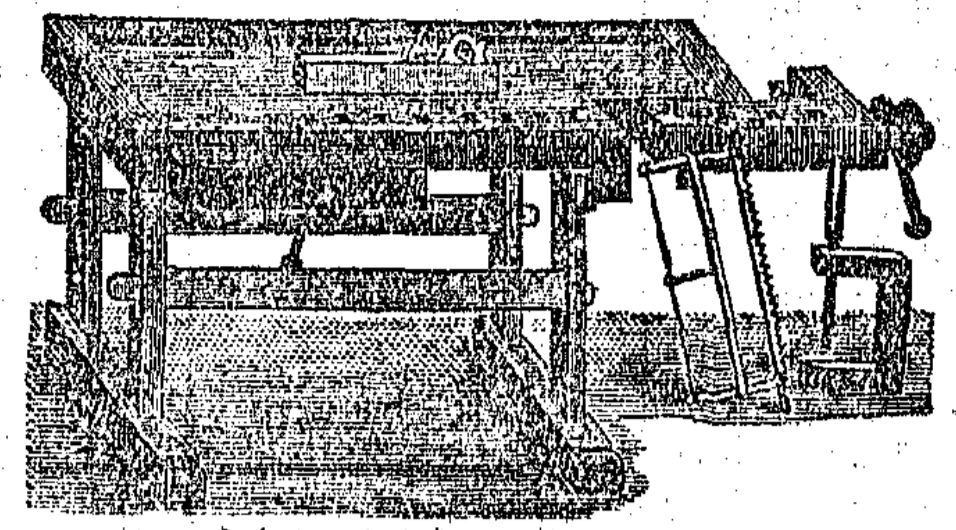
Sichere Existenz für Tischler, welcher mit 8-4000 Mark kaufen oder sich beteiligen will. Tischlerei mit Elektrisch-Betrieb, auch passend für Sofagestellbauer. Schönes verz. Grundstück und Garten. Bez. Leipzig. Pr. 21 000 Mk. Off. unt. **M. H. 47** an die Exp. d. Bl. erb.

Möbelmagazin mit Wäntischlerei (Motorbetrieb), bestrenommirtes Geschäft mit großem Umsatz in lebhafter Industriestadt der Niederlausitz ist sofort mit schönem gr. Grundstück zu verkaufen, eventuell auch zu verpachten. Tüchtigem Geschäftsmann bietet sich selten günstige Gelegenheit. Erforderlich einige 1000 Mk. Preis des Grundstücks inkl. Maschinen 65 000 Mk. Offerten unter **A. B. 45** beförd. d. Exp. d. Bl.

Holzarbeiter!
 Nur **Verbands-Mitglieder** erhalten gegen die geringe **Kontenzahlung von 2 Mark** sofort das vollständige Werk **Der praktische Tischler** von **Fermann Walde** **Neue Auflage 1905**
 875 Seiten, 1000 Illustrationen, 97 Tafeln, 2 Modelle
 Preis mit Mappe **Detailzeichnungen 22 Mark**
 Preis ohne Mappe **Detailzeichnungen 20 Mark**
Auf 8 Tage zur Ansicht
 E. H. Fr. Reisner, Leipzig.

Neu! Doppelisen Neu!

zum Fensterwinkel einlassen, viel Zeiterparnis. Preis 8 Mark. Allein zu haben bei Kollege **Friedr. Jordan** Lütgendortmund, Spelerstr. 28.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona.
 Preislisten gratis und franko.

Vorsicht!

Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte

Granat-Politur

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt lt. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen. Eine einzige Firma bezog nachweislich seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von

Lack- und Politurwerk C. Bratsch Reinickendorf-Berlin.

Halle a. S.
Julius Hammerschlags
Herkules-Nose
 ist unstrittig die **beste Arbeitshose der Welt!** mit Ledertaschen und Riemenhaltern in gestreift und einfarbig pr. Stck. 4,50 Mk. Als Mass genügt Schrittlänge und Bundweite. Vers. von 15 Mk. an franko.
Julius Hammerschlag
 Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 36.

Tischler-Fachschule Gotha.

Gründliche Ausbildung zum Meister, Werkführer und Zeichner. Prospekt gratis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband - Zahlstelle Berlin

Am 14. Juni ist in der **Gormannstraße 13**, vorn, eine Treppe, der **Paritätische Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie** eröffnet worden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt von 9 bis 1 Uhr für die Branchen der Tischler, Maschinen- und Holzarbeiter, Engländer, Holzbohrer, Drechsler und Stellmacher. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Die bisher besamenen Nachweise dieser Branchen sind geschlossen. Die Stavierarbeiter, Bodenleger, Stocarbeiter, Rahmenmacher, Salonfleischer, Korbmacher, Kammacher, Perlmutterarbeiter und Bürstenmacher werden Engländer 15 vermittelt. Die Ortsverwaltung.

Paul Horn, Hamburg
 Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36
 Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölansetzung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Ölausschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerten und gepulverten Ware zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1898.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerhemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franco.
1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse
 Gesellige Meister-Prüfung
 Programme frei durch die Direktion.

Tischler-Fachschule
Neustadt i. Meckl.
 Zeichner * Werkführer * Meister

In der Expedition unserer Zeitung ist erschienen:
Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von **Ernst Zoose**
 städtischer Lehrer und Lehrer an der Bundesfachschule zu Magdeburg.
 Dritte, bedeutend erweiterte u. verbesserte Auflage.
 Preis 3,50 Mark für das gebundene Exemplar. Bei Nachnahmesendungen 20 Pfg. mehr.
 Die Expedition der „Holzarb.-Ztg.“

Streng reelle und billigste Bezugsquelle!
 In mehr als 150 000 Familien im Gebrauch!
Gänsefedern,
 Gänsefedern u. alle and. Sorten Bettfedern, Neuheit u. bestefällig, garantiert Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1 Mt.; 1,40. Prima-Gänsefedern 1,60; 1,80. Polarfedern: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Acht ähnel. Gänsefedern 2,50. Polarfedern 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Pfundzahl vollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!
Pecher & Co. in Herford W. Nr. 2214 in Westfalen.
 Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Fernproben erwünscht!

Neues Pflaumenmus
 süß, dick eingelocht, unübertr. im Geschmack
Emaile-Eimer 28 Pfd. Mt. 4,50
Post-Eimer 10 Pfd. 2,-
Fässer von 88, 55, 70-140 Pfd. à Pfd. 0,14.
Tafelhonig
 präp., kräftigend, u. gesund. Nahrungsmittel
Post-Emaile-Eimer 10 Pfd. Mt. 3,30
 Salz-, Senf- u. Pfeffergurten, Preiselbeeren lt. Preisl. Gefäße frei, ab hier geg. Nachnahme.
Heinr. Eckstein Konservenfabrik Magdeburg 21.